



A. A. V. V., *Llibre dels Reis. Llibre de franqueses i privilegis del regne de Mallorca* (Còdex número 1 de l'arxiu del regne de Mallorca), Estudis i transcripcions, Palma de Mallorca 2010, 415 págs.

RESUMEN: "Buch der Könige" (*Llibre dels Reis*) nannte Josep Maria Quadrado kurz und prägnant das "Buch der Freiheiten und Privilegien des Königreichs Mallorca", nachdem er es im Jahre 1840 entdeckt hatte. Seine Edition des *Còdice de los Reyes, o sea, el Rey de los Códices en el Archivo de Mallorca* folgte allerdings erst in der Zeitschrift "Museo Balear de Historia y Literatura, Ciencias y Artes" von 1886 (S. 361-392).

PALABRAS CLAVE: Llibre dels Reis, Llibre de franqueses i privilegis, Regne de Mallorca.

Lange Zeit war das Buch aus der Entstehungszeit zwischen den Jahren 1334 und 1341 wenig beachtet, allenfalls wurde seine hochwertige Bebilderung zur Kenntnis genommen. Der nun vorliegende Band schließt nunmehr diese lang anhaltenden Forschungs- und Wissenslücken in kultur-, kunst-, archiv- und vor allem rechtshistorischer Hinsicht. Er beinhaltet nämlich Studien und Transkriptionen der Freiheiten und Privilegien aus katalanischen und lateinischen Repertorien sowie eine katalanische Version der Usatges de Barcelona. Die Usatges waren schon seit der *Carta de població* von 1230 geltendes Straf- und Strafprozessrecht im Königreich Mallorca, denn Kapitel 14 besagte: "*in causis iniuriarum, dampnis vulneribus illatis, procedatur secundum Usaticum Barchinone*". Um besser zu verstehen, wie der Rechtskosmos zur Zeit der Redaktion des Buches der Könige ausgesehen hat, ist es zurecht nötig, den König selbst in seiner Zeit zu charakterisieren: Jaume III. von Mallorca (geboren 1315 in Catania), der in der Schlacht von Lluçmajor im Jahre 1349 starb, konzidierte seinen Untertanen zahlreiche Freiheiten, die die Geschworenen (*jurats*) der Stadt und des Königreichs von Mallorca aus verschiedenen Quellen ("*dispersi posita in diversis cartis et scripturis*") zusammen stellten, um sie davor zu bewahren, in Vergessenheit zu geraten. Gleichwohl ist bekannt, dass das Buch der Könige schon Vorläufer hatte; denn 1288 sandten die Geschworenen von Ibiza Guillem de Banyoles nach Mallorca, um die von Jaume I. eingeräumten Freiheiten zu notieren. Außerdem war es stets wichtig, dass mallorquinische Kaufleute die Privilegien ihres Herkunftslandes, wie etwa Steuerprivilegien, in anderen Ländern beweisen konnten, um dort keine Rechtsnachteile zu erleiden; dies konnten sie im Allgemeinen mit Hilfe von Rechtssammlungen tun.

Der Kodex 1 des "Arxiu del Regne de Mallorca" zerfällt in zwei Teile: Der erste enthält eine Sammlung von durch das Königreich Mallorca konzidierten Privilegien und Freiheiten. Diese sind in der Originalsprache auf Lateinisch verfasst, während der zweite Teil vornehmlich übersetzte Privilegien ins Katalanische umschließt. Ein Vergleich des ersten mit dem zweiten Teil lässt indes erkennen, dass nicht einfach vom Lateinischen ins Katalanische übersetzt wurde, sondern dass 13 Bestimmungen, die zwischen den Jahren 1279 und 1325 entstanden waren, sich nicht im lateinischen Text finden. Herausgearbeitet werden kann, dass die Dokumente in beiden Teilen bzw. Sprachen nicht in strenger chronologischer Reihenfolge angeordnet sind, was auch beweist, dass in beiden Sprachen gleichzeitig gearbeitet und gewissermaßen simultan übersetzt worden sein musste.

Die von Jaume I. und Jaume II. in der ersten Phase seiner Regentschaft verliehenen Privilegien wurden schon zu Ende des 13. Jahrhunderts ins Katalanische übersetzt. Die Bestimmungen dieser Monarchen, welche im *Llibre de la cadena* von Ibiza zusammengeführt worden waren (das wiederum anhand eines Kodex, den 1288 die Konsuln in Mallorca besaßen, verfasst wurde), erfuhren ebenso eine katalanische Übersetzung und standen mithin bereits in katalanischer Sprache zur Verfügung. Kritisch anzumerken bleibt, dass der Leser vielleicht mehr Details zu den angewandten Kriterien hinsichtlich der Sprachenauswahl erwartet hätte; hier liegt m.E. noch ein Desiderat.

Wann wurde der luxuriös bebilderte Kodex in der Rechtspraxis angewandt? Vermutlich vor allem bei feierlichen Gelegenheiten, wie Eidesleistungen von Amtsträgern. Dafür spricht, dass zwischen lateinischer und katalanischer Version man neben den Usatges de Barcelona und einer Kurzchronik auch einige Fragmente der Evangelien zwecks Eidesleistung sowie einen liturgischen Kalender mit einer Tafel findet, mit der jeweils das Osterfest bestimmt werden konnte. Dass der Kodex für die "Universitas Civitatis et Regni Maioricarum" verfasst war, resultiert auch daraus, dass er im Unterschied zu früheren und zeitgleichen Kodizes nicht bloß die katalanische Version, ggf. mit lateinischer Übersetzung, sondern an erster Stelle den lateinischen, gefolgt an zweiter Stelle von einer katalanischen Version enthält, die wiederum leichteren Zugang zur Materie ermöglichte. Die deutlich sichtbaren Marginalglossen verraten des Weiteren einen gewissen Gebrauch des Kodex in der Rechtspraxis.

Das Buch zeigt im Ergebnis ebenfalls auf, wie weit der Prozess der Verschriftlichung des Rechts in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts gediehen war. Eine Serie von Miniaturen königlicher Figuren wirft zudem Licht auf das Leben am Hof zu jener Zeit. Keinesfalls sollte das Buch eine vollständige Sammlung des gesamten mallorquinischen Rechtes sein, sondern bildete die Freiheiten und Privilegien ab, die die Einwohner der Stadt und des Königreiches von Mallorca, also die "Universitas Civitatis et Regni Maioricarum", begünstigen sollten. [*Recibido el 23 de enero de 2012*].

Thomas Gergen

A. A. V. V., *Cuadernos de Historia del Derecho*, Departamento de Historia del Derecho y de las Instituciones, Bd. 16. Servicio de publicaciones Universidad Complutense, Madrid, 2009, 395 págs.

RESUMEN: Das rechtsgeschichtliche Institut der Universität Complutense von Madrid gibt bereits seit 1994 die Jahrbücher für Rechtsgeschichte heraus, von denen bereits in regelmäßiger Folge Bände besprochen wurden. Anzeigungswürdig sind auch die Beiträge des mittlerweile sechzehnten Bandes, der viele Aspekte der Rechtsgeschichte mit Schwerpunkt auf der iberischen Halbinsel bietet.

PALABRAS CLAVE: Cuadernos de Historia del Derecho, Universität Complutense von Madrid, Franco-Diktatur, Gegenutopie von Baroja, Beziehungen der Mesta, Consejo de Órdenes Militares, Pedro Andrés Porras Arboledas, José Sánchez-Arcilla Bernal, Federico Fernández Crehuet López, António Manuel Hespanha, Patricia Zambrana.

Der Beitrag von Cristina Amich Elías hat zum Ziel, das Gesetz über die Strafjustiz von Jugendlichen und Heranwachsenden sowie die ergänzende Gesetzgebung für straffällig gewordene Jugendliche (jünger als 16 Jahre) zu beleuchten. Ferner beschäftigt er sich mit der Behandlung von straffällig gewordenen „Heranwachsenden“ (16-21 Jahre). Dieses Regelwerk wird im gesellschaftspolitischen Umfeld der Franco-Diktatur gewürdigt. Dazu gehören Überlegungen zur Entwicklung von Lehren des Strafrechts und der Kriminologie hinsichtlich des Umgangs mit straffällig gewordenen Jugendlichen. Um das typisch „Franquistische“ herauszuarbeiten, zeichnet die Verfasserin die Entwicklungen dieses Regelungsbereiches von Anfang an gut nach¹.

Ignacio Cremades Ugarte schreibt über die nationalistisch geprägte Gegenutopie von Baroja, der Republik von Bidasoa. In der Utopiegeschichte bildet das klassische Modell die gegen-utopische Konstruktion der rabelesianischen Abtei von Théleme mit ihrer diametral entgegengesetzten Regel zu den anderen Orden, die Gargantúa ihr auftrag. Diese Gegen-Utopie, eine der größten Utopien der Geschichte überhaupt, entstammt ursprünglich dem Benediktinerkonvent. Sie sei eine schwierige, wenn nicht sogar eine auf Erden gar nicht umzusetzende Utopie. Die von Baroja konzipierte Republik von Bidasoa erscheint als das Baskenland von gestern. Dieses Baskenland und das heutige stehen –hinsichtlich der politischen Pläne– genauso zueinander wie die thelemische Abtei zum Benediktinerkonvent: als Gegen-Utopie, die auf Freiheit und Toleranz gründet, gewissermaßen als Verneinung der vergangenen baskischen Theokratie oder „batasuna“ von heute.

Fermín Marín Barriguete schreibt zur Verordnung ("Pragmática") vom 4. März 1633, die eines der wichtigsten Dokumente der Agrargeschichte ist und einen Wendepunkt in den Beziehungen der Mesta (d.h. der kastilischen Tierzüchtervereinigung) mit der Krone gebracht hat. Der Text der "Pragmática" bildet eine einzigartige Radiographie der Schwierigkeiten und Bestrebungen des "Ehrenwerten Rates" ("Honrado Consejo"), der nach wie vor die Zwischenlösung beibehielt, das kastilische Recht der Nutztiere nach den Gründungsprivilegien umzusetzen.

Der "Consejo de Órdenes Militares" war eines der ältesten und ruhmreichsten Organe der Spanischen Großmonarchie während der gesamten Neuzeit. Gleichwohl handelt es sich um eine wenig untersuchte Institution. Pedro Andrés Porrás Arboledas betrachtet die Ursprünge mit Hilfe des Werkes von José López de Agurleta. Dieses Mitglied des Santiago-Ordens schrieb 1723 ein Werk, das bislang nur als Manuskript existierte. José Sánchez-Arcilla Bernal und Pedro Andrés Porrás Arboledas stellen ferner Dokumente über den Unabhängigkeitskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor.

Araceli Donado Vara geht den Vorläufern des Witwen-Pflichtteils ("reserva vidual") auf den Grund. Die Wiederverheiratungen haben schon seit jeher ganz unterschiedliche Gesetzgeber beschäftigt. Abhängig von der zu untersuchenden Epoche variierten die gesetzgeberischen Lösungen je nach den Bedürfnissen der jeweiligen Zeit. Gleichwohl wurden die Vermögensinteressen der Kinder aus erster Ehe vor der Wiederverheiratung einer ihrer Erzeuger erst von den römischen Kaisern

¹ Hierzu bereits grundlegend Federico Fernández Crehuet López/António Manuel Hespanha, *Franquismus und Salazarismus – Legitimation durch Diktatur?*, Frankfurt a. M., 2008, besprochen von Thomas Gergen in *ZRG Germ. Abt.*, 127 (2010), S. 964-967 sowie zur Aufarbeitung der Diktatur: Patricia Zambrana Moral/Elena Martínez Barrios, *Depuración política universitaria en el primer franquismo: algunos catedráticos de Derecho*, Barcelona 2001, besprochen von Thomas Gergen in *ZRG Germ. Abt.*, 121 (2004), S. 895-898.

berücksichtigt, die sich zum Christentum bekannten. Eines der Anliegen hat mit dem Witwen-Pflichtteil zu tun. Diese in unserem Zivilrecht traditionelle Institution, deren Wurzeln genauer gesagt in Rom untergingen, war dazu geschaffen worden, dass die Sachen, die aus einer Familie stammten, aus Anlass einer Wiederverheiratung des verwitweten Ehegatten nicht in eine andere Familie umgeleitet würden. In vorliegendem Beitrag wird der Entwicklung nachgegangen, die diese Institution im Laufe der Zeit sowohl im Römischen Recht als auch in der diesem nachfolgenden Rechtsgeschichte bis zur heutigen Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch erfahren hat.

Irene Cerrillo Torquemada schreibt zur Regulierung des ländlichen Raumes um Madrid beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit, an der verschiedene rechtspolitische Organe beteiligt waren, die nicht immer dieselben Ziele verfolgten.

Die Arbeit von Ana M. Rodríguez González wirft Licht auf die Untersuchungsmethoden der antiken Wirtschaftsgeschichte, die seit ihrer Entstehung als eigenständiges Fach zu Ende des 19. Jahrhunderts angewandt wurden. Thematisiert wird der Beitrag der Wirtschaft zur Erschließung anderer Bereiche der römischen Gesellschaft in der Antike. Ausgehend von dieser Überlegung will der Artikel aufzeigen, wie günstig sich die Interdisziplinarität von Untersuchungen auf die Forschungen von Rechtshistorikern und Romanisten auswirkt.

Abschließend präsentieren Antonio Pedro Barbas Homem und Amelia Gascón Cervantes Überlegungen zum aktuellen Rechtsunterricht. Innerhalb des Lehrbetriebs an den Universitäten beobachten sie gegenwärtig einen Prozess tief greifender Reformen, die auch das Jurastudium erfassen. In dieser auf Gegenerwiderung angelegten Arbeit werden Pfade persönlicher Sichtweisen zu den Reformen dieser von Experten der Rechtsgeschichte in Portugal und Mexiko erstellten Studien vorgestellt.

Gewiss können die Beiträge des Jahrbuches an dieser Stelle lediglich resümiert werden; für den an der Rechtsgeschichte des spanischsprachigen Raumes Interessierten ist auch dieser Band erneut eine lohnenswerte Lektüre. [*Recibido el 23 de enero de 2012*].

Thomas Gergen

Anna M. Drexlerowa and Andrzej K. Olszewski, *Poland's contribution to development of international intellectual heritage: Participation in the world exhibitions 1851–2005*, The Ministry of Culture and National Heritage, Warszawa, 2008, 432 págs.

RESUMEN: The author discusses a pioneering contribution of the Polish merit exhibitors representing Poland's culture and civilization both in 19th and 20th centuries during the all world exhibitions in Europe /inter alia in Spain, Sewilla), North America and Asia. The Polish nation's achievements in science, technology and art were presented at these exhibitions in the terms when Poles were deprived of their national state's identity as results of the partitions by the foreign great powers of Europe, and than when Poland become full independence as a country. This heritage also included a lot of achievements of the large Polish Diaspora in the main high developed western countries. The history of this Polish cultural and civilization heritage was a subject of comprehensive and comparative scientific

research by the two Polish authors, as very competent presented in the two comprehensive monographs issued both in Polish and English languages in 2005 and 2008 by Ministry of Culture and National Heritage in Warsaw.

PALABRAS CLAVE: History of the world exhibitions, history of Poland Poland's intellectual and cultural heritage, Polish industry and art, Polish amber, Polish navy.

In the new significant book on: *Polish participation in world exhibitions 1851–2005* by Anna M. Drexlerowa and Andrzej K. Olszewski, edited by The Ministry of Culture and National Heritage, Warszawa 2008, (432 pp.), have been discussing world exhibitions as comprehensive expressions and reflections of the general state of innovation and progress – from industry to the fine arts in the world at this period of time.

This book is really pioneering work as the first one to document the Polish presence at such world exhibitions. It is the fascinated history of very merit exhibitors representing of Poland's culture and civilization as a country and nation that did not exist on the maps of Europe in 19th and nearly in two decades of 20th century and than also the history of the presence of a state, which, as an independent nation, started its participation in these world exhibitions twice- after World War I in 1925 in Paris, and after World War II in 1992 in Seville, Spain.

These preconditions made it necessary to have a differentiated approach to the described facts and issues and to divide in this book the topic into two parts prepared by two authors.

History of Poland were presented in the painting of the famous Polish master of fine arts Jan Matejko at the world exhibitions.

As official names of these exhibitions were:

- The Great Exhibition of the Works of Industry of All Nations (short name – Great Exhibition) in London-Hyde Park, 1851;
- Universal Exposition of products of agriculture, of industry and fine arts in Paris, 1855;
- London International Exhibition on Industry and Art, 1862;
- Exposition Universelle de Paris, 1867;
- Welt-Ausstellung 1873 in Wien;
- International Exhibition of Arts, Manufactures and Products of the Soil and Mine, Philadelphia, 1876;
- Exposition Universelle de 1878, Paris;
- Exposition Universelle de 1889, Paris;
- World's Columbian Exposition, also called as the Chicago World's Fair (1893);
- Exposition Universelle et Internationale de Paris, 1900;
- Exposition Universelle et Internationale de Bruxelles, 1910;
- Exposition Internationale des Arts Décoratifs et Industriels Modernes, Paris, 1925;
- Exposition Universelle et Internationale de Bruxelles, 1935;
- Exposition Internationale Arts et Techniques dans la Vie Moderne, Paris, 1937;
- New York World's Fair, 1939–1940;
- Exposición Universal de Sevilla, 1992;
- Expo'93 – in Taejon (South Korea, 1993);
- Expo'98 (Lisboa, 1998);

- Die Weltausstellung Expo'2000 (Hannover);
- Expo 2005, Aichi (Japan).

In the first half of the 19th century exhibitions of industry were national in nature and focusing on activities related to production. One of the Polish reporters from London observed that “Industrial man received recognition for itself” (as “Homo faber”). Exhibitions contributed to the stimulation of technical progress as of importance for the world economy, and speeded up the flow of information towards parity in the level of civilization, as well as protection of both intellectual and industrial property rights. Polish participation in such exhibitions meant being present in a cultural community of “second wave” states, and in the experiences, which this community built.

Studies and books devoted to the exhibitions were – both of a scientific and a popular nature as well as various types of analyses. Polish participation is not noted until very late in the history of exhibitions, until 1925 and, thus beginning with the International Exposition of Modern Industrial and Decorative Arts in Paris. Poles took part in all of the world exhibitions, beginning with the first one, but as reasons for this information discrepancy were the political shape that Europe received after the Napoleonic wars and also upon the regulations of the exhibitions.

At the beginning of the 19th century, the Polish state was removed from the map of Europe and its territory was partitioned and placed within the borders of the three great powers of Europe: Austria, Russia and Prussia. The Poles became the subjects of these states, in three different administrative, economic, and political systems. (All these occupied sections of the Polish lands were called partitions).

Participants of world exhibitions could only be states; this organizational principle was adopted in 1851 and consistently maintained. Poles were deprived of their national identity at the international exhibitions in the both 19th and early 20th centuries. Polish exhibitors could participate in them in accordance with the existing political divisions, as representatives of Russia, Austria or Prussia. As result: the majority of Polish exhibitors struggled with the problem of participating in world exhibitions or rejecting such participation.

Exhibitions give testimony that both Polish industry and Polish science existed, that agriculture was being improved and that the many million strong Polish communities incorporated into the empire of Austria-Hungary, into Russia and into Prussia, were able to draw attention to their own historical statehood, their own cultural identity. The exhibition in Chicago was an excellent example of how both these motivations, supplemented each other in the realization of Polish participation.

For the exhibitions from the period in which there was no statehood, Polish exhibitors were selected in the revised book from the official catalogues². The fine arts, that which was shown at exhibitions, regardless of the partitioning power to which a particular artist's representation belonged, indeed it was entered into the history of Polish art, but in relation to the presentation of industry and crafts, the assumed premises would not allow the precise differentiation of Polish participation.

The most significant participation in the period was that of the inhabitants of the Kingdom of Poland (from the Russian partition), and all the factories in the territory of the Kingdom of Poland were recognized as being representative of Polish industry.

² See: Anna M. Drexlerowa, Andrzej K. Olszewski, *Polska i Polacy na powszechnych wystawach światowych 1851-2000* [Poland and Poles at International Word Exhibitions], Warsaw, 2005.

Entrepreneurs who founded their businesses back in the Kingdom's constitutional period (1815-1830), set deep roots into the country to which they were invited.

The foundations of the Polish textile industry were also being laid: the Żyrardów plants were founded, as well as the factories in Kalisz and in Białystok, and later in Łódź. These plants entered into the economic development of the country and into a societal situation, and were seen to be a decisive indicator for all industry in the Kingdom of Poland.

The situation of Polish manufacturing in Galicia (the Austrian partition), in the light of the treatment of the entirety of this province of the empire as a Polish economic organism is not fully accurate. Not everything could be representative – at the exhibitions – of undertakings by the Polish environments of this province of the Austrian empire.

In case of Prussia, only those exhibitors were dealt with, which, in reviews in the Polish press from the Duchy of Poznań, were discussed as representatives of Polish economic events.

The participation and achievements, attained at the exhibitions by Poles appearing also in the representations of the states that were not partitioning powers. The Polish Diaspora, after the uprisings of 1830 and 1863, was numerous, particularly in England and France and in reality were contributing to the material culture or to the intellectual life of the countries of their residence.

All World Exhibitions, were seen as the greatest appraisals of the general state of innovation and progress in the world in all areas – from industry to the fine arts and have played a great role in the development of architecture and engineering. Architecture represented in certain areas the highest achievements of technique and form.

Investments in the architecture and urban landscape of given cities erected often only for the occasion of the exhibitions, were not the typical temporary exhibition pavilions, and endured only in the form of photographs or drawings.

The 20th century, in which Poland participated as an independent country with its own pavilions and presented the achievements of the Polish nation in science, technology and art, and thus no longer within the structure of foreign states.

The exception here was the exhibition in Paris in 1900 that opened the 20th century. Polish achievements in all the areas were presented at the exhibitions, including structures, persons, institutions and awards, also as the place of this legacy in the world context. Polish matters were presented as broadly as possible – from the perspective of its architectural and urban conceptions, through current trends in art, to political and societal conditions.

The emphasis at the Seville (1992) exhibition was on the historical heritage of the era of Columbus, modern discoveries, and nature, as well as the history, geography and knowledge of astronomy of that time. The *Pavilion of Navigation* displayed copies of ships from the time of Columbus and Magellan. The *Pavilion of the Future* was devoted to the environment, energy, telecommunications and knowledge of the universe.

The *Polish Pavilion* was designed by the architect Fernando Mendoza Castells. The concept of it meant to express the idea of international Global Solidarity as well as Polish art and culture. The construction of the exhibition recalled that of a ship under construction, as a reference to Solidarity, the Gdańsk Shipyard and the Gdańsk appeal from 1981 to the peoples of Eastern Europe. An anchor from the ship, which by its siren, was the first to proclaim the signing of the August Agreements of 1980 in Gdańsk.

Among events of an international character in Seville, on UNICEF Day, the children of the world drew Earth Flags as a symbol of world solidarity, and there was an exposition in the Polish Pavilion of 75 drawings of the Earth Flags made by pupils of the Royal School of Maestranza de la Caballeria in Seville.

In the EXPO Press Center, during what were known as Flag Days, the artists were presented with medals of "Global Solidarity". The National Bank of Poland released commemorative coins with a denomination of 200 zlotys that had a view of occasional the portal of the cathedral in Seville. The Polish Post introduced into circulation five occasional stamps.

The *Polish Pavilion* at the Lisbon Exhibition (1998) has the thematic slogan: *Poland – Amber Coast*. As a central focus of the composition of the interior was the installation, *Four Oceans*, in the form of a glass pyramid. Around the cone were scattered pieces of amber and tubular containers in which were displayed additional items of amber, as symbolizing the sea.

Expo'98 was accompanied by the Nautical Exposition, and the following ships arrived from Poland: the tall ship *Dar Młodzieży* with the exposition *Poland on the Baltic* on board; *Nawigator XXI*, with the exposition *Polish Marine Economy*, the tall ship *Zawisza Czarny* and the warship *ORP Wodnik*, which carried the exposition *80 Years of the Navy of the Republic of Poland*. Operation Sail took place and Poland took second place in terms of 11 crews.

In the Polish exposition at Taejon Expo'93 before the entrance to the Pavilion stood the *Motolotnia ML-I* [ML-I Ultra-Light Aircraft] and a white and red windmill propeller - the logo of the Polish exposition - turned.

The achievements of Polish science and industry were presented in six thematic block, and as the first was aeronautic technology: Warsaw Institute of Aviation; Warsaw University of Technology, The Institute of Aeronautics and Applied Mechanics; WSK State Aviation Works, Świdnik.

During the Hanover Exhibition (2000), the Polish pavilion presented inter alia the Astronomical Observatories of Nicolaus Copernicus and of modern astronomer Aleksander Wolszczan.

In sum up of this review and general remarks one can notice that Poland's contribution to development of international intellectual heritage and supporting of it legal protection is of outstanding significance through participation in the world exhibitions. [Recibido el 11 octubre de 2011].

Leonard Łukaszuk

Herbert Elzer, *Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Netzwerk der prodeutschen Opposition 1949-1955* (= Geschichte, Politik & Gesellschaft 8), Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert, 2007, 1040 págs.

RESUMEN: Herbert Elzer ist in den letzten Jahren mit zahlreichen Detailstudien zum Saarreferendum von 1955 in Erscheinung getreten, die verstreut publiziert sind. Über die Rolle wichtiger Landespolitiker aus Baden-Württemberg bei der Europäisierung der Saar hat er genauso geschrieben¹ wie über die Tätigkeit Adolf

¹ „Es gibt noch Charakterköpfe in Württemberg“. Die Europarats-Abgeordneten Eugen Gerstenmaier, Karl Mommer und Karl-Georg Pfeleiderer im Ringen um die Gestaltung des van-Naters-Plans zur

Süsterhenns, welcher Präsident des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichts war². Bemerkenswert sind ferner die Studie zum Verhalten Konrad Adenauers in der Saarfrage³ sowie die Analyse der Saarpolitik der FDP⁴. Zwei Bände beleuchten tief schürfend die Zeit von 1949-1955; dazu im Einzelnen.

PALABRAS CLAVE: Herbert Elzer, Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar, Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Netzwerk der prodeutschen Opposition, Geschichte, Politik, Gesellschaft.

In "Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar" stellt Elzer die „Kleine Wiedervereinigung“ der Saar dar und schlägt damit die Brücke zum Zusammenhang mit der in den 1950er Jahren noch im Entstehen begriffenen Einigung Europas.

Prodeutsche Parteien und Teile der Bevölkerung kämpften in Verbänden und Parteien für die Rückkehr der Saar. Dabei richtete sich der Widerstand weniger gegen Frankreich als gegen die Regierung von Ministerpräsident Johannes Hoffmann. Erstmals wertet der Autor den umfänglichen Aktenbestand des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) aus, der im Bundesarchiv in Koblenz verwahrt wird. Auf dieser neuen Quellenbasis will Elzer zu einer Neubewertung der Hoffmann-Regierung gelangen, die nach seiner Auffassung in vergangenen Studien zu positiv beurteilt worden sei.

Das BMG oder ab 1969 das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen (BMB) kümmerte sich in den 1950er Jahren unter den Ministern Jakob Kaiser und später Ernst Lemmer um die Rettung der staatlichen Einheit Deutschlands und die Wahrung des Zusammenhalts der Deutschen in Ost und West. Da man kein kommunistisches Deutschland wollte, musste der Kommunismus nicht nur in der „Zone“, sondern auch in Westdeutschland entschlossen bekämpft werden. Daneben kümmerte sich das BMG nicht nur um Nord-Schleswig, Eupen und sogar Südtirol, sondern war ebenfalls für das Saarland zuständig⁵.

Die Großstudie Elzers enthält vier Hauptteile. Im ersten Teil werden die Entstehungsgeschichte der Abteilung III (Westliche Grenzgebiete) des BMG und die Grundzüge der außenpolitischen Konzeption in der Saarfrage skizziert. Die Teile II

Europäisierung der Saar 1953/54, in: *Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte*, 59 (2000), S. 319-401.

² Initiative ohne Fortüne. Adolf Süsterhenns Plan für eine Europäisierung der Saar im November 1953, in: *Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte*, 25/3 (1998), S. 61-98.

³ Adenauer und die Saarfrage nach dem Scheitern der EVG. Die Pariser Gespräche vom 19. bis 23. Oktober 1954, in: *Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte*, 46 (1998), S. 667-708; Adenauers „großes Spiel“. Staatsraison und Parteikalkül bei der Durchsetzung des deutsch-französischen Saarabkommens vom 23.10.1954 gegen Jakob Kaiser und die CDU/CSU, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*, 46 (1998), S. 182-245 sowie: In Distanz zu Adenauers Saarabkommen vom 23.10.1954. Die rheinland-pfälzische CDU als unbeugsame Verfechterin einer deutschen Saar, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte*, 24 (1998), S. 457-544.

⁴ Vom „Preusker-Plan“ zum „November-Programm“. Die FDP und Adenauers Saarpolitik im Herbst 1954, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte*, 23 (1997), S. 551-593; „Es ist eine Lust, Vorsitzender einer liberalen Partei zu sein!“ Thomas Dehler contra Franz Blücher: Die Saarpolitik der FDP zwischen Grundsatztreue und Kanzlerloyalität im Winter 1954/55, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*, 45 (1997), S. 211-269 sowie: Vorstoß ins Leere. Baden-Württembergs FDP/DVP und das deutsch-französische Saarabkommen vom 23.10.1954, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 145 (1997), S. 377-402.

⁵ Diese Rolle klärt nun auch das Buch von Stefan Creuzberger, *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969*, Droste Verlag, Düsseldorf, 2008, 604 S.

und III sind zeitlich gestaffelt: Zunächst rückt die Phase bis Sommer 1954 ins Blickfeld, als mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) die Rahmenbedingungen eine entscheidende Wandlung erfuhren. Es wird die Zeitspanne vom Pariser Saarabkommen (23. Oktober 1954) bis zur Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 beschrieben. Elzer wertet die nach 1994 freigegebenen Geheimakten des Bestandes „B 137 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ aus, um die Beziehungen des BMG zu den Parteien, Verbänden und Organisationen zu analysieren. Dabei stehen die oppositionellen Saarparteien (Demokratische Partei Saar DPS, die Saar-CDU sowie die Deutsche Sozialdemokratische Partei DSP) an erster Stelle, sodann folgen Katholische Kirche und Gewerkschaften sowie die außersaarländischen Verbände (Deutscher Saarbund DSB, Deutsche Saar-Zeitung DSZ sowie die Deutsche Aktion DA). Im vierten Teil widmet sich der Verfasser einigen Sonderproblemen: Die Subventionspraxis des BMG bei Publikationen zur Saarfrage, die subversiven Begleitumstände der Aktivitäten im Saargebiet, die Beschaffenheit der Justiz an der Saar, das heikle Thema Ausweisungen und die damit verbundene Schaffung einer saarländischen Staatsangehörigkeit seit 1948. [Recibido el 3 de enero de 2012].

Thomas Gergen

Herbert Elzer, *Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die „kleine Wiedervereinigung“*. Die Bundesministerien im außenpolitischen Ringen um die Saar 1949-1955 (= Geschichte, Politik & Gesellschaft 9). Röhrig Universitätsverlag, St. Ingbert, 2008, 1137 págs.

ABSTRACT: Herbert Elzer ist in den letzten Jahren mit zahlreichen Detailstudien zum Saarreferendum von 1955 in Erscheinung getreten, die verstreut publiziert sind. Über die Rolle wichtiger Landespolitiker aus Baden-Württemberg bei der Europäisierung der Saar hat er genauso geschrieben wie über die Tätigkeit Adolf Süsterhenns, welcher Präsident des rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichts war. Bemerkenswert sind ferner die Studie zum Verhalten Konrad Adenauers in der Saarfrage sowie die Analyse der Saarpolitik der FDP. Zwei Bände beleuchten tief schürfend die Zeit von 1949-1955; dazu im Einzelnen.

PALABRAS CLAVE: Herbert Elzer, Konrad Adenauer, Jakob Kaiser, Wiedervereinigung, Geschichte, Politik, Gesellschaft 9.

Im zweiten Buch stellt sich Elzer der Aufgabe, nachzuweisen, dass sich Adenauers Einflüsse keineswegs auf die Verhandlungen mit Frankreich, sondern auch auf das Saarland ausdehnten; Adenauer streckte nämlich in aller Stille seine Fühler aus, die bis zu Ministerpräsident Johannes Hoffmann reichten. Der regierungsinterne Gegenspieler, der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, plädierte indes deutlich für die „kleine Wiedervereinigung“ des Saarlandes mit der Bundesrepublik Deutschland. Dabei spielte die Diskussion über die völkerrechtliche Zugehörigkeit der Saar zu Deutschland eine wichtige Rolle. Elzer legt hierzu eine konsistente Studie der völkerrechtlichen Verhältnisse der damaligen Zeit vor, d.h. über die völkerrechtliche Zugehörigkeit der Saar als Bestandteil Gesamtdeutschlands in den Grenzen von 1937 [Teil 4: S. 833-907]. Auf der Basis des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen

(BMG) vermag der Autor sodann einen faszinierenden Machtkampf zwischen dem „kaltblütig-pragmatischen“ Adenauer und dem „leidenschaftlich-patriotischen Kaiser“ zu skizzieren. Elzers Buch gliedert sich in fünf Teile: Im ersten legt er den Grundstein und bringt die geschichtlichen und institutionellen Voraussetzungen, indem er die Saarfrage von 1945 bis 1949 und die Bildung der zuständigen Behörden (BMG, Kanzleramt, Auswärtiges Amt) in Bonn 1949/50 zusammenführt. Teil 2 umfasst den besagten Entfremdungsprozess zwischen Kanzleramt/Auswärtigem Amt und dem BMG in der Saarpolitik (1949 bis 1954), personalisiert durch Adenauer einerseits und Kaiser andererseits. In Teil 3 schildert Elzer das mühsame Miteinander von Auswärtigem Amt und BMG anhand des Pariser Saarabkommens und der Volksabstimmung (23. Oktober 1954 bis 23. Oktober 1955). Wie bereits erwähnt widmet Elzer der völkerrechtlichen Situation den Teil 4, ehe er dann – schon synthetisierend in Teil 5- Bundeskanzler Adenauers Position zu Europa, Deutschland und der Saar analysiert. Es folgt eine detaillierte Schlussbetrachtung sowie ein umfänglicher Dokumentenanhang wie Quellen, Literatur, Glossar und ein sehr hilfreiches Personenregister. Wenn Elzer allerdings resümierend die „undemokratischen“ Verhältnisse im Saarland als These formuliert, muss er sich fragen lassen, von welcher Warte er die Demokratie beurteilt. Sieht er diese vonseiten der heutigen Ordnung der Bundesrepublik? Sollte es um einen historischen Verfassungsvergleich gehen, so wäre ein historischer Vergleich mit der Demokratie mit der Bundesrepublik und des Saarlandes vonnöten. Denn auch die in der Demokratie noch „ungeübte“ Bundesrepublik musste das erst 1949 entstandene Grundgesetz, in den Verästelungen der staatlichen Gewaltenteilung umsetzen und Verfassungswirklichkeit schaffen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus den 1950er und 1960er Jahre beweist indes, dass Gesetzgebung und Exekutive nicht immer Grundgesetz konform arbeiteten, was das Bundesverfassungsgericht regelmäßig monieren musste. Inwieweit also „demokratische“ oder – sehr konträr gesprochen – „undemokratische“ Verhältnisse im Saarland, das selbst auf der Grundlage der Verfassung von 1947 lebte, herrschten kann m.E. besser im direkten Verfassungsvergleich mit der Verfassungspraxis der damaligen Bundesrepublik beurteilt werden. Elzers Studie bringt durch die Einbeziehung der Akten des BMG viel Neues, wenn man die bisherigen Forschungen zur Saargeschichte und speziell zur „Saarfrage“ von 1955 zusammenstellt¹. Eine seriöse Beschäftigung mit seinen Erkenntnissen aus den bislang nicht ausgewerteten Archiven und eine ausgewogene Einbeziehung in die bisher vorliegende Literatur können, ja müssen zu einer fairen und vollständigen Beurteilung der Saarfrage in Zukunft führen. Und wie man ganz persönlich im Ergebnis zum Saarreferendum und seinen Konsequenzen stehen mag; das Buch Elzers gehört infolge seiner akribischen Auswertung der Ministerialarchive von heute an zur Bewertung der damaligen Ereignisse dazu. [*Recibido el 3 de enero de 2012*].

Thomas Gergen

¹ So, wie viele Autoren auch, siehe mit weiteren Nachweisen: Thomas Gergen, Von der Saarprovinz zum Saarland. Die Vorgängerorganisationen des Saarlandes bis zu den Volksabstimmungen von 1935 und 1955, in: *Saarländische Kommunalzeitschrift*, 9 (2005), S. 211-230.

Jack S. Levy y William R. Thompson, *Causes of War*, Wiley-Blackwell, Malden-Oxford, 2010, 288 págs.

RESUMEN: The book published in 2010 by Levy and Thompson presents the most influential theoretical approaches to war. As the authors write, basic element of the phenomenon of war is the use of force between its participants. War is therefore the real game of forces, requiring a large commitment of actors and huge costs. The book analyzes both the civil wars and interstate conflicts. The phenomenon of war is presented as one of the key factors influencing the evolution of the international order. It is interesting, therefore, the interaction between war and peace and the category of the state. The authors analyze the most influential theoretical approaches to war (system-level theory, dialectical materialism, the democratic peace theory, psychological models of international conflicts, decision-making models, etc.). The book seems to be important contribution and useful reading for students of international relations, scholars and policy makers.

PALABRAS CLAVE: Jack S. Levy, William R. Thompson, War, Civil and Interstate Wars, Conflict Studies, War Studies, Polemology, Political Realism, Balance of Power, International System.

Przygotowanie tego tekstu zbiegło się w czasie z kilkoma wydarzeniami. Najważniejszym z nich jest obserwowane od tygodni napięcie polityczne na tle irańskiego programu rozwoju energii atomowej. Perspektywa konfliktu zbrojnego zaawansowanych technologicznie państw zawsze jest dla wspólnoty międzynarodowej silniejszym bodźcem niż asymetryczne interwencje "humanitarne", czy walki plemienne w obszarze państw trzeciego świata (terminu tego rozmyślnie używam bez cudzysłowu). Recenzja ta powstaje równoległe z tekstem poświęconym politycznym koncepcjom powstania państwa. Wojna istniała co prawda już w dobie `przedpaństwowej`. Jej najdoskonalszy i najbardziej tragiczny wyraz dopełnił się jednak w ramach kształtowanego przez suwerenne (nie zawsze) państwa systemu międzynarodowego. Jak pisał Tilly (1975) "wojna stwarza państwo, by państwo mogło stwarzać wojnę".

Wojna od zawsze była podstawowym narzędziem tworzenia, utrwalania bądź zmiany otaczającego nas ładu. To niezbyt odkrywcze stwierdzenie uzupełnić możemy innym: wojna jest specyficznym rodzajem konfliktu wymagającym użycia siły i rzeczywistego zaangażowania przynajmniej dwóch podmiotów. Sytuacje polegające na jednostronnym ataku, przy braku rzeczywistego oporu drugiej strony określamy najczęściej interwencją, akcją, operacją bądź misją. Wspomniana analiza prowadzi nas do niezwykle istotnej prawidłowości: pojęcia szczegółowe odgrywają w ramach studiów polemologicznych trudne do przecenienia znaczenie.

Odmierna jest także percepcja wojny w ramach dwudziestowiecznych teorii stosunków międzynarodowych. Wywodzący się od Tukidydesa polityczny realizm traktuje wojnę jako podstawowe narzędzie realizacji interesów. Drugi najbardziej wpływowy spośród dwudziestowiecznych konstruktów- teoria liberalna- dąży do stopniowej delegalizacji wojny, uznając- za Wilsonem- możliwość dywagacji nad losem świata przy popołudniowej herbatce. Na marginesie wspomnianych wyżej teorii znaleźć możemy ujęcia marksistowskie, feministyczne, teorie ekologiczne, teorie gier, a także analizowane przez autorów modele podejmowania decyzji, itp. Odzwierciedleniem niepewnych czasów, ery przewartościowań porządku światowego i kolektywnych akcji militarnych staje się rosnąca liczba opracowań naukowych

poświęconych genezie zjawiska wojny. Wśród opracowań ostatnio wydanych w tym zakresie przypomnijmy choćby książki autorów takich jak: Andrew Gordon Fiala (2008), David Sobek (2009), Thomas Lindemann (2011) czy Mike Wells (2011). Również wydana nakładem Wiley-Blackwell książka *Causes of War* zawiera kilka interesujących elementów.

Jej autorzy w prosty, opatrzone przykładami i ciekawy sposób rozpatrują ujęcie wojny w ramach najbardziej reprezentatywnych teorii politycznych drugiej połowy ubiegłego stulecia. Autorzy nie narzucają odbiorcy swojej wizji świata, co odróżnia książkę od wielu amerykańskich publikacji z zakresu teorii polityki. Pewnym jej mankamentem wydaje się jednak "typowo amerykański punkt widzenia", przejawiający się w braku szerokich odniesień do dorobku nauki brytyjskiej i badań prowadzonych w innych częściach świata. Wszystkie przedstawione przez autorów sposoby interpretacji wojny, łączy w mojej ocenie jeden wspólny mianownik: zjawisko to przedstawiane jest na tle historycznym, zwłaszcza w powiązaniu z kształtującą go kategorią państwa. Książka jedynie w ograniczonym stopniu odnosi się do ogólnego kontekstu studiów nad pokojem (irenologia). W pewnym sensie łamie zatem utrwalone w po drugiej wojnie światowej kurczowe zespolenie percepcji pokoju i wojny (ang. peace and conflict studies).

Jak podkreślają autorzy, książka traktuje zjawisko wojny jako fenomen o względnie spójnym charakterze. Analizie poddano zarówno wojny domowe jak i konflikty o charakterze międzynarodowym. Zdecydowana większość teoretycznych ujęć problemu odnosi się do przyczyn konfliktów międzynarodowych (dążenie do równowagi sił, dysfunkcjonalność ładu międzynarodowego, ochrona suwerennej władzy, interesy elit politycznych, itp.). Geneza wojen domowych interpretowana jest zdecydowanie rzadziej. Spadek ilości konfliktów międzynarodowych, jak również nowe wyzwania (rosnące upolitycznienie konfliktów etnicznych, dojście do głosu zagrożeń asymetrycznych, perspektywa wojen o charakterze cybernetycznym) zmusza do wielu przewartościowań w zakresie teoretycznej interpretacji zjawiska wojny. Prowadzonych analiz nie możemy obecnie zamykać na aktorów pozapaństwowych. Kluczowym punktem odniesienia dla interpretacji konfliktów wewnętrznych czy terroryzmu stają się dzisiaj procesy rozgrywające się w przestrzeni wewnętrznej, nie zaś interakcje międzynarodowe.

Książka podzielona została na osiem rozdziałów, ilustrujących najbardziej wpływowe interpretacje zjawiska wojny. W pierwszym z nich znajdziemy próbę odpowiedzi na pytanie czym jest wojna a także w oparciu o jakie czynniki zmienia się ona na przestrzeni dziejów. To wcale nie postęp technologiczny (od maczug przez miecze po broń ABC) lecz przede wszystkim ewolucja instytucji politycznych kształtuje oblicze wojen. Rozwój technik wojennych w coraz większym stopniu okalecza cywilnych i zawodowych uczestników wojny.

Zdecydowanie odmienną rolę przypisywać możemy rozwojowi instytucji politycznych. Już Hobbes zauważył, że ich podstawową właściwość stanowić powinno cywilizowanie stosunków społecznych. Brak rozwiniętych instytucji władzy cechuje bowiem stan natury, wiąże się zatem z nieobecnością zinternalizowanych norm moralnych i wojną każdego z każdym.

W rozdziale drugim poddano analizie najbardziej znane koncepcje systemu międzynarodowego: teorie realistyczne, koncepcję równowagi sił oraz teorie hegemonii porządku światowego. Wśród intelektualnych ojców teorii realizmu politycznego wymienia się Tukidydesa, Sun Tzu, Nicollo Machiavellego, Kardynała Richelieu, Thomasa Hobbesa, a z bliższych nam dziejowo postaci Carla von Clausewitza czy Ottona von Bismarcka. Przedmiotem analizy autorów staje się

interpretacja wojny według szczególnie wpływowych płaszczyzn tej teorii: klasycznego realizmu, neorealizmu (zwanego też realizmem strukturalnym) oraz realizmu neoklasycznego. Pomimo przystępnej formy rozważania autorów nie zawierają szczególnie nowatorskich bądź interesujących elementów. Brak szerokich odwołań do koncepcji liberalnych skazuje nas na dość jednostronną percepcję zjawiska wojny. Dużo ciekawszymi fragmentami rozdziału wydają mi się rozważania poświęcone problematyce hegemonii w porządku międzynarodowym oraz równowadze sił.

Kolejne fragmenty książki poświęcono diadycznym interakcjom państw (rozd. 3) oraz oddziaływaniu wojny na stosunki społeczne (rozd. 4). Dużo miejsca poświęcili autorzy przestrzeni kształtowania się wojny, czyli problematyce rywalizacji międzynarodowej. W ramach rozdziału trzeciego omówiono między innymi dwa istotne modele kształtowania się fenomenu wojny: model `kroków do wojny` (ang. `Steps-to-War` Model) oraz model `targowania` się o wojnę (ang. `Bargaining Model of War`). Najciekawszym fragmentem rozdziału wydaje się jednak pogłębiona analiza teorii współzależności ekonomicznych i konfliktu. Równie interesujące okazują się rozważania na temat imperializmu i wojny w marksowskiej teorii materializmu historycznego. Obserwować możemy istotny wzrost publikacji interpretujących procesy historyczne i otaczającą nas rzeczywistość społeczną w oparciu o oryginalne przetworzenie koncepcji Marksa.

Wśród rozważanych przez autorów koncepcji teoretycznych znalazły się także: modele koalicyjne, `dywersyjna` teoria wojny (ang. diversionary theory of war), koncepcja demokratycznego pokoju oraz wojenne implikacje założenia o zderzeniu cywilizacji (ang. clash of civilizations). Rozdział dąży zatem do szerszej niż uprzednio kontekstualizacji zjawiska wojny w otaczającej nas rzeczywistości społecznej (wyeksponowanie związków z pokojem, procesami dziejowymi, stosunkami społecznymi, właściwościami ekonomicznymi, itp.).

Szczególnie interesującymi fragmentami książki okazują się rozważania poświęcone wojnie jako mechanizmowi podejmowania decyzji na poziomie indywidualnym (rozdział 5) oraz organizacyjnym (rozdział 6). Modele podejmowania decyzji są sferą badań zdecydowanie lepiej rozwiniętą w USA, niż w mocno teoretycznej nauce europejskiej (rozdziały są zatem najbardziej praktyczną i jedną z najciekawszych części książki).

W rozdziale piątym autorzy analizują cztery szczególnie istotne koncepcje: model racjonalnego podejmowania decyzji, model psychologiczny, podejmowanie decyzji w czasach kryzysu oraz heurystyczne teorie podejmowania decyzji (ang. Poliheuristic Theory of Decision-Making). Sporo miejsca poświęcono także podejmowaniu decyzji na poziomie instytucjonalnym (aspekty przywództwa, znaczenie ekspertów w procesie zapadania decyzji, rola biurokracji i organizacji pracy, itp.).

Rozdział poświęcony wojnom domowym skłania do refleksji nad ewolucją tego zjawiska w ostatnich kilkudziesięciu latach. Klasycznie rozumiane konflikty międzynarodowe powoli tracą na znaczeniu, bądź zmieniają się w zorganizowane misje wojskowe (określane obecnie przez kategorię `interwencji humanitarnej`). Wobec dużej deterytorializacji konfliktów międzynarodowych (zagrożenia asymetryczne, dojście do głosu technologii informatycznych, brak sprecyzowanych aktorów konfliktu i obszaru walki) najbardziej namacalnym przykładem clausewitzowsko rozumianego pola walki stają się konflikty wewnętrzne. Przyrównanie obserwowanej choćby w Libii interwencji humanitarnej do klasycznie rozumianej kategorii wojny wzbudzi zapewne sprzeciw nastawionych dogmatycznie teoretyków stosunków międzynarodowych. Pamiętajmy jednak, że teorie tego

rodzaju nie mają wyłączności w interpretacji rzeczywistości. Całość pracy uzupełniają ogólne (i dość dowolne) spostrzeżenia autorów na temat poziomów interpretacji teoretycznej problemu wojny.

Kończąc niniejsze rozważania chciałbym zwrócić uwagę na wybrane elementy, wyróżniające opracowanie na tle wydanych uprzednio publikacji amerykańskich.

I. Książka nie zawiera wielu pogłębionych analiz. Jej syntetyczny charakter spełnia jednak oczekiwania studentów stosunków międzynarodowych i osób zainteresowanych konceptualizacją zagadnienia w dwudziestowiecznych teoriach tej dyscypliny. O innowacyjności pozycji przesądzają zawarte w niej liczne studia przypadków, a także wiele odniesień do problemów praktycznych (zwłaszcza w rozdziałach poświęconych teoriom podejmowania decyzji). Dwudziestowieczne teorie stosunków międzynarodowych przedstawiają autorzy w logicznej i spójnej formie. Trudno jednak mówić o wyczerpującym, bądź nawet pogłębionym charakterze analiz.

II. Cennym elementem książki stało się połączenie problematyki wojen domowych i konfliktów o charakterze międzynarodowym. Wbrew opiniom autorów opracowanie nie stanowi pierwszej, bądź nawet jednej z nielicznych publikacji tego rodzaju. W dalszym jednak ciągu obserwować możemy nierównowagę pomiędzy ilością opracowań poświęconych konfliktom międzynarodowym a wojnom domowym.

III. Jak większość publikacji z zakresu stosunków międzynarodowych, książka wiele miejsca poświęca problematyce państwowości. Pomimo wspomnianego faktu nie prezentuje ona typowo państwocentrycznego punktu widzenia. Wspomniana właściwość uwidacznia się zwłaszcza we fragmencie pracy poświęconym konfliktom domowym. Interpretacja współczesnych procesów wyłącznie przez pryzmat państwa prowadzi nas do wielu uproszczeń, coodzwierciedlają także niektóre fragmenty książki. [*Recibido el 27 de abril de 2011*].

Bogumil Terminski

Vicente Lull y Rafael Micó, *Archaeology of the Origin of the State. The Theories*, Oxford University Press, 2011, 320 págs.

RESUMEN: The book examines the origins of the state within the frameworks of archaeological theories and political philosophy. It is a combination of considerations of political thought and archaeological theories. The authors devote much attention to the origins and creation of the state as a historical process (especially in the context of historical materialism). Extended analysis of political thought and archaeological theories serves them as a prelude to consideration of their own.

PALABRAS CLAVE: Origins of the State, Archaeology, Archaeological Theory, Political Ideas, Ideology, Marxist Archaeological Theory.

Państwo jest najważniejszą spośród stworzonych przez człowieka instytucji politycznych. Pomimo licznych niedoskonałości, a także obserwowanych procesów globalnych, jego znaczenie jako czołowej kategorii organizacji terytorialnej, ładu politycznego i społecznego punktu odniesienia pozostaje niezachwiane. Teorie powstania państwa odgrywają centralne znaczenie nie tylko w obszarze badań instytucji politycznych lecz także filozofii prawa czy historii i teorii stosunków międzynarodowych. Analiza początków państwa jest zatem elementem nadrzędnym wobec bardziej szczegółowych studiów historii innych instytucji politycznych. Początek rozważań nad genezą państwowości nie miał jednak wiele wspólnego z nauką. Stanowił raczej czynnik legitymizacji władzy, stabilizacji stosunków politycznych, czyli rywalizacji pomiędzy różnymi kategoriami aktorów (kobietą a mężczyzną, sferą sacrum i profanum, itp.) o panowanie nad ludzkim ciałem, duszą i umysłem.

Pytanie o powstanie państwa jest w rzeczywistości pytaniem o pochodzenie władzy, a zatem prapoczątki otaczającego nas porządku społecznego. W takim właśnie kontekście rozpatrywali temat starożytni filozofowie, średniowieczni myśliciele chrześcijańscy czy twórcy różnych nurtów dziewiętnastowiecznej myśli politycznej. Problematyka genezy instytucji państwa wydaje się dobrze omówiona w publikacjach z zakresu historii i teorii myśli politycznej. Wspomnijmy w tym miejscu choćby, przytaczane także przez autorów książki, nazwiska autorów takich jak: G.H. Sabine (1937), D. Thomson (1966), N. Bobbio (1987) czy J. Touchard (1996).

Redukowanie badań nad genezą państwa do nurtu filozoficznego jest jednak dużym błędem analiz politologicznych. Równie istotne staje się spojrzenie na państwowość z perspektywy archeologicznego artefaktu. Już w końcu dziewiętnastego stulecia historycy zaczęli analizować drogę rozwoju wielkich cywilizacji, koncentrując się zwłaszcza na przyczynach ich upadku. Powodem tego rodzaju badań był nie tylko ówczesny rozwój archeologii, lecz także popularność koncepcji materialistycznych- traktujących państwowość w kategoriach procesu dziejowego. Istotne znaczenie dla tego rodzaju badań odegrała między innymi teoria determinizmu geograficznego. Powstanie i upadek państwa był zatem nie tylko obiektywnym procesem historycznym lecz formą dziejowej konieczności.

Wieloczynnikowe badania nad genezą państwa wymagają dzisiaj połączenia wspomnianych powyżej płaszczyzn analiz. Z założenia tego wychodzą Vicente Lull i Rafael Micó, autorzy przetłumaczonej ostatnio na angielski książki *Archaeology of the Origin of the State. The Theories*. Książka jest jedną z niewielu znanych mi prób połączenia dwóch całkowicie odrębnych od siebie płaszczyzn wiedzy: teorii

archeologii i filozofii polityki. Zaznaczyć należy, iż jest to próba jak najbardziej udana. Autorzy poddali analizie szczególnie wpływowe koncepcje powstania państwa od czasów filozofii starożytnej aż po dziewiętnastowieczny ewolucjonizm. Przedstawiają także znaczenie instytucji państwa w ramach dwudziestowiecznych teorii archeologicznych. Wspomniane rozważania stają się punktem wyjścia dla budowy koncepcji własnej, opartej na rozumieniu dziejów w ujęciu materializmu historycznego. Książka łączy zatem interesujący charakter analiz z oryginalnością podejścia teoretycznego. Wśród wartych zasygnalizowania walorów książki wymienić mogą nowatorską próbę analizy teorii polityki z perspektywy archeologii a także oryginalne przetworzenie elementów historycznego materializmu. Wydana nakładem Oxford University Press książka może prowokować nie tylko debaty w obszarze teorii polityki lecz także interpretacji dziejów człowieka czy teoretycznego ujęcia archeologii.

Pierwszy fragment książki (rozdziały 1-8) stanowi chronologiczny przegląd najbardziej znanych teoretycznych ujęć państwa. Pomimo analizy rozciągniętej na ponad dwadzieścia stuleci, najbardziej interesujące rozdziały odnoszą się do problematyki ewolucjonizmu i marksizmu. To właśnie wspomniane rozdziały staną się dla autorów źródłem inspiracji dla przedstawienia własnego ujęcia problemu.

Właściwą część książki rozpoczyna dość konwencjonalna analiza poglądów dwóch wielkich filozofów starożytności: Platona i Arystotelesa. Autorzy omawiają między innymi platońskie ujęcie stratyfikacji społecznej, odmienną dla obydwu filozofów klasyfikację form rządów oraz różnice pomiędzy ich poglądami. Czy jednak genezy badań nad państwem upatrywać musimy w Grecji doby klasycznej? Równie inspirującym podejściem okazać się może odwołanie do dorobku bliskowschodniego prawodawstwa czy charakteru organizacji politycznej Chin (konfucjanizm) bądź Indii. Utrwalone choćby w starożytnym Egipcie rozważania o państwowości znacząco wyprzedzają narodziny filozofii. Trudno zatem określić czy zawarte w rozdziałach analizy nawiązują do filozofii polityki, czy- jak głosi tytuł- do historycznej ewolucji teorii państwa (w tym akurat wypadku kategorii nadrzędnej i szerszej).

W kolejnym rozdziale autorzy omawiają teorie powstania państwa na gruncie filozofii chrześcijańskiej. Szczególnie wiele miejsca poświęcone zostało teologicznej koncepcji powstania państwa w ujęciu św. Augustyna (*De civitatis Dei*) i św. Tomasza z Akwinu. Na kształt średniowiecznych teorii państwa oddziaływały zatem dwa czynniki: spór między władzą kościelną a świecką (odzwierciedlony w pismach św. Augustyna i św. Tomasza) oraz kształtujący ówczesną drabinę społeczną system feudalny (koncepcja teistyczna i patriarchalna).

Zdecydowanie za mało miejsca autorzy poświęcają pionierom realizmu politycznego: Niccolò Machiavellemu i Thomasowi Hobbesowi. Podjęta w dwóch rozdziałach analiza renesansowych i siedemnastowiecznych ujęć powstania państwa zajmuje niecałe trzydzieści stron. Trudno także doszukać się w nich spostrzeżeń o oryginalnym charakterze. Fakt ten wydaje się jednak usprawiedliwiony ogromną liczbą opracowań problemu. Analizując poglądy Machiavellego autorzy koncentrują uwagę na metodach zdobycia władzy oraz podstawach jej legitymizacji. Elementem przewodnim analizy ujęcia hobbesowskiego staje się uwikłanie jednostki w organizmie społecznym. Dużo ciekawsze wydaje się podjęta na stronach 53-59 analiza myśli Johna Locka – ojca współczesnego liberalizmu i patrona intelektualnego nowożytnych praw człowieka. Pewnym mankamentem pracy wydaje się jednak brak szerokich odniesień do kształtowanych w XVII stuleciu teorii państwa narodowego i następstw sekularyzacji władzy w Europie.

W kolejnym fragmencie pracy poddano analizie osiemnastowieczne koncepcje państwa i władzy. Okres ten, fascynujący z punktu widzenia zagadnienia, charakteryzuje się przynajmniej dwoma przewartościowaniami: oświeceniowym i absolutystycznym. Szczególnie wiele miejsca poświęcili autorzy koncepcji partycypacji politycznej w ujęciu Jana Jakuba Rousseau. Pamiętajmy jednak, że wspomniany myśliciel zmarł w 1778 roku, a zatem przynajmniej dziesięć lat przed rzeczywistym sprawdzianem koncepcji nowoczesnej państwowości. Równie interesująca wydaje się zresztą koncepcja państwowości w ujęciu Woltera (przedstawiona na przykład w *Kandydzie*).

Dopiero rozdział szósty otwiera rozważania o istotnym wpływie na sugerowane przez autorów ujęcie. Jego przedmiotem są koncepcje państwa absolutnego, ze szczególnym odniesieniem do dorobku intelektualnego Wilhelma Friedricha Hegla. Pamiętajmy bowiem o niekwestionowanym wpływie heglizmu na dziewiętnastowieczną filozofię niemiecką a nawet ewolucjonizm w ujęciu Charlesa Darwina. Ukształtowane przez Hegla pojęcia alienacji, uprzedmiotowienia i rozwiązywania sprzeczności stały się punktem odniesienia dla rozważań Marksa. Rozważania otwierają autorzy od analizy triady heglowskiej (teza, antyteza, synteza) oraz zaproponowanego przez Hegla ujęcia prawa. Jak zauważa filozof składa się ono z trzech części: prawa abstrakcyjnego, moralności i etyki. Państwo jest według Hegla rozumnym historycznym procesem triumfu wolności (według kierunku: teza-antyteza-synteza). Realizacją syntezy jest państwo, będące połączeniem legalności, moralności i obyczajności.

Oczywistą kontynuacją rozważań staje się analiza marksowskiego ujęcia państwa. Autorzy wyjaśniają przesłanki krytyki państwa (teoria bazy i nadbudowy) oraz znaczenie tej instytucji jako narzędzia legitymizacji ucisku klas panujących nad wyzyskiwanymi. Ostatnie fragmenty rozdziału poświęcone zostały związkowi instytucji państwa i kwestii własności, perspektywom funkcjonowania państw (zgodnie z koncepcjami historycyzmu i materialnego dialektyzmu) oraz marksowskiej tradycji państwa.

Najciekawszym jak również największym objętościowo rozdziałem części pierwszej są rozważania na temat genezy instytucji państwa w ujęciu ewolucjonizmu i neoewolucjonizmu. Koncepcje te niezwykle często pomija się w opracowaniach z zakresu myśli politycznej czy teorii państwa, co nie jest w żadnym razie uprawnione. Znaczenie ewolucjonizmu dla współczesnych metod naukowego poznania wydaje się bowiem kluczowe i niezaprzeczone. Podjęte w książce rozważania koncentrują się na dorobku trzech autorów: Lewisa H. Morgana (1818-1881), Elmana R. Service'a (1915-1996) oraz Mortona H. Frieda (1923-1986). Interesującym fragmentem pracy wydają się zwłaszcza problemy egalitarianizmu w ujęciu dwóch ostatnich autorów.

Drugi fragment książki (łącznie trzy rozdziały) poświęcony został instytucji państwa jako kategorii analiz archeologicznych. Autorzy prezentują zatem znaczenie państwa w ramach najbardziej wpływowych dwudziestowiecznych teorii archeologicznych (zwłaszcza wpływowego od czasów Darwina konceptu archeologii kulturowej). Źródłem intelektualnej inspiracji jest dla autorów Vere Gordon Childe (1892-1957) – australijski archeolog, początkowo wierny koncepcjom dyfuzjonizmu, później zaś czołowy przedstawiciel marksistowskiej teorii archeologii.

W rozdziale dziewiątym zaprezentowana została ewolucja teorii archeologicznych podejmujących zagadnienia państwa. Obok znaczenia prac V.G. Childe'a autorzy wspominają także dorobek archeologii procesualnej oraz archeologii państwa w czasach postmodernizmu. Kolejny rozdział możemy uznać za jeden z kluczowych

elementów książki. Zaprezentowano w nim pogłębione rozważania na temat państwowości w ujęciu marksowskiej teorii procesu historycznego. Wspomniane założenia stanowią jedną z przesłanek budowy własnego ujęcia problemu (zawarte w epilogu, s. 255-273). Cennym poznawczo elementem rozdziału wydaje się przedstawienie ujęcia państwa, determinowanego przez trzy kategorię: materię, historię i proces historyczny. Warto jednak pamiętać o dorobku bardziej nam współczesnych teorii archeologicznych: archeologii procesualnej, określanej także mianem `nowej archeologii` (lata sześćdziesiąte, np. Lewis Binford), archeologii behawioralnej (lata siedemdziesiąte, np. M.B. Schiffer) czy nurtu post-procesualnego (lata osiemdziesiąte, np. I. Hodder).

Podsumowując prezentowane rozważania chciałbym zwrócić uwagę na wybrane elementy, przesądzające o oryginalności opracowania na tle publikacji wcześniejszych.

I. Książka stanowi dobre połączenie dwóch metod interpretacji genezy państwa jako procesu historycznego: archeologicznej i politologicznej. Ukazuje zatem, że analiza procesów dziejowych nie może odbywać się wyłącznie w oparciu o dorobek jednej dziedziny wiedzy. Interesujące dla politologa wyda się także zarysowane w książce uwikłanie polityczne archeologii przez przeważającą część ubiegłego wieku.

II. Zaprezentowane w pracy koncepcje teoretyczne są zrozumiałe zarówno dla specjalistów archeologii jak i przedstawicieli nauk politycznych. W dobie ekspansjonizmu metodologii szczegółowych prezentowana przez autorów umiejętność "pogodzenia" dwóch odległych od siebie nurtów rozważań jest prawdziwą rzadkością. Konwencjonalny charakter pierwszych kilku rozdziałów z nadatkiem kompensuje innowacyjność rozważań z końcowej części książki. Książkę Lull i Micó uznać możemy za istotny wkład zarówno w zakresie teoretycznego ujęcia archeologii jak i teorii nauk politycznych.

III. Interesujące wydaje się także uwypuklenie przez autorów wartościowych (i możliwych do zastosowania współcześnie) elementów materializmu historycznego w interpretacji określonych procesów dziejowych. Pomimo częściowej niechęci środowisk politologicznych, teorie w rodzaju historycyzmu czy determinizmu w dalszym ciągu pozostają wartościowym sposobem interpretacji otaczającej nas rzeczywistości. [Recibido el 18 de diciembre de 2011].

Bogumil Terminski

Bruno Lemesle, *Conflits et justice au Moyen Âge. Normes, loi et résolution des conflits en Anjou aux XI^e et XII^e siècles*, Paris, PUF, 2008, VIII, 330 págs.

RESUMEN: Bruno Lemesle, professeur d'histoire médiévale à l'Université de Bourgogne, consacre son livre, issu de son habilitation à diriger des recherches, à un sujet clé de toute l'histoire (du droit) médiévale, à savoir le règlement des conflits dans une société en crise qu'autrefois fut considérée même comme "anarchie féodale". Le présent ouvrage a certainement vu le jour dans le contexte du passage dans le nouveau millénaire. L'an 1000 et tout le XI^e siècle ont été largement discutés à tous les niveaux par les médiévistes. On peut rappeler l'atmosphère de fin du monde (chiliasme), la chute de l'autorité et des institutions, les crises sociales et les mouvements populaires de grande ampleur militant pour la paix et pour la restauration de l'ordre carolingienne.

PALABRAS CLAVE: Bruno Lemesle, Conflits et justice, Moyen Âge, Normes, Loi, Résolution des conflits, Anjou.

Des historiens tels que Thomas Head, Richard Landes, Chris Wickham, Dominique Barthélemy, Hans-Werner Goetz et moi-même ont pu dégager, dans le contexte d'une analyse plus approfondie de la *Pax Dei* en France, des idées sur la façon dont était aperçue l'anticipation de la fin des temps au seuil du nouveau millénaire. Tandis que certains ont souligné une véritable crise du système, d'autres ont soutenu un peu plus vigoureusement l'idée que ces crises n'étaient pas beaucoup plus importantes que les précédentes, et que les moyens de maintenir la paix connue jusque-là étaient simplement appliqués plus fréquemment et avec une plus grande intensité (voir sur ce débat p.ex. Thomas Gergen, *Pratique juridique de la Paix et Trêve de Dieu à partir du concile de Charroux (989-1250)*, Francfort-sur-Main, pp. 22-32 et pp. 219-227). De plus, Dominique Barthélemy a proposé de relativiser ce moment-charnière, en l'inscrivant dans une période plus étendue (980-1060) dans son ouvrage *L'an mil et la paix de Dieu : La France chrétienne et féodale, 980-1060* (Paris, 1999). Bien que le titre principal promette, à première vue, une analyse globale des conflits et de la justice médiévale pour toute l'époque, Bruno Lemesle met en exergue le sujet en se bornant à une région. Il puise ainsi dans la documentation exceptionnellement riche conservée en Anjou, région qui ne joue d'ailleurs presque aucun rôle dans le mouvement de la Paix de Dieu. Dans le premier chapitre, l'A. présente ses sources et dégage les problèmes que peut poser la documentation, en l'espèce la raison pour laquelle les documents que nous utilisons aujourd'hui pour étudier la justice ont été confectionnés. Un chapitre est consacré aux assemblées de justice, dans lequel l'A. revient sur des idées communes qu'il bat en brèche de façon tout à fait convaincante : 1) il y a concurrence entre justice seigneuriale et justice ecclésiastique ; 2) il y aurait à cette époque une justice privée, suite à l'extinction des procédures carolingiennes (*mallus publicus*). Le chapitre se termine avec l'étude de quatre personnages, Foulque de Mathaflon, Étienne Baucan, Goslin de Tours, Étienne de Marçay. Le cas de ce dernier, sénéchal sous Henri II et successeur de Goslin, illustre bien, combien la référence au droit est explicite : « Le sénéchal est un agent qui agit par délégation, mais cette délégation n'est possible que parce qu'il existe un minimum de construction juridique » (p. 79). Dans les chapitres suivants, l'A. revient sur le décalage existant entre notices et faits réels, en insistant sur un point fondamental, « La mise en forme de l'énonciation est aussi un acte de combat » (p. 121). De ce point de vue, l'auteur s'inscrit en biais de l'anthropologie, pour affirmer que les conflits ont moins pour fonction de restaurer du lien social que de manifester des résistances qui visent à affirmer ou rétablir l'honneur. Puis, il se dédie aux preuves et épreuves, occasion pour lui de revenir sur ordalies et duel judiciaire et sur la question des témoins. Le dernier chapitre (XII^e s.) se penche davantage sur les liens entre le politique et le judiciaire, à une époque où le droit savant commence à être utilisé de manière maîtrisée. Dans l'ensemble, Bruno Lemesle arrive à faire revivre, avec son étude, les manières dont les hommes du Moyen Age plaidaient leurs causes, et dans les soubresauts de la violence, oeuvraient pour la paix. Il convient finalement de mentionner la bibliographie et l'index, exhaustifs, soignés et clairs. [*Recibido el 13 de enero de 2012*].

Thomas Gergen

Bjarne Melkevik, *Philosophie du jugement juridique*, Collection Dikè, Presses de l'Université Laval, Québec, 2010, 205 págs.

RESUMEN: Bjarne Melkevik es un conocido estudioso de la Filosofía del Derecho, que enseña en la Universidad Laval en Québec, y es discípulo del gran jurista y filósofo ultraconservador francés Michel Villey (1914-1987), algunas de cuyas obras, las de Villey, han sido traducidas al castellano tratando de remarcar su iusnaturalismo clásico y su filiación escolástica y tomista. Sin embargo, Melkevik indicó ya desde un principio su distancia ideológica con la escuela de Villey, de la que formó parte, al estudiar la figura de Pasukanis y la teoría marxista del Derecho en lo que fue su tesis doctoral. Luego Melkevik ha ido evolucionando y actualmente tiene unos planteamientos claramente positivistas, pero moderados. Melkevik ha sabido adaptarse al mercado y es un socialdemócrata que considera con los clásicos que *Omnia tempus habent* y retorna a Villey, porque hay muchas cosas del pensamiento de Villey que pueden recuperarse, pues en el decir del clásico *auriculas asini Villey non habet*, y además hay que escuchar las εὐχαί δέ γερόντων.

PALABRAS CLAVE: Huig de Groot, Carl Schmitt, Michel Villey, Ronald Dworkin, Bjarne Melkevik, Jürgen Habermas, Max Weber, Positivismo jurídico, Metodología jurídica, Futuro de las Facultades de Derecho en Canadá, Plagiomanía jurídica, Sindicato del Crimen Plagiario.

El noruego Bjarne Melkevik es catedrático de Filosofía del derecho en la Universidad Laval en Québec y cuenta con un muy consolidado currículum científico, del que en varias ocasiones nos hemos ocupado desde Málaga, en recoger los resultados del mismo, de forma preferencial en la *Revista de Estudios Histórico-Jurídicos* de la Universidad Católica de Valparaíso. Melkevik es autor que ha sido vertido al inglés, al italiano, al castellano, al rumano e incluso al árabe. Melkevik dirige, junto a Josiane Boulad-Ayoub, la colección Dikè, y está al frente de la Cátedra de estudios sobre los fundamentos filosóficos de la Justicia y de la Sociedad democrática. Es autor de centenares de páginas, entre las que destacamos por solo hacer una selección de sus trabajos *Horizons de la philosophie du droit*, París, 1998; *Reflexions de la philosophie du droit*, París, 2000; *Rawls ou Habermas: une question de philosophie du droit*, Québec, 2002; *Habermas, droit et démocratie délibérative*, Québec, 2010 y *Philosophie du droit*, Québec, 2010, vol I.

En esta ocasión Melkevik nos deleita con otra selección de sus trabajos aparecidos en diversas sedes, en concreto “Jugement pratique et espace publique”, que le sirve de prefacio a este libro (pp. 9-15); “La philosophie du droit dans le tourbillon de la modernité” (pp. 17-40), que apareció con anterioridad en *Travaux et jours*, n.º 78 (2006-2007), pp. 141-166; “Parlez ‘novdroit’!: Ou comment le politiquement correct se légitime ‘juridiquement’” (pp. 41-63), insertado en la *Revista rōmana de drept privat*, n.º 6 (2007), pp. 214-250; “L’abime et ‘l’exception’: Schmitt, Agamben et le schmittisme” (pp. 65-90), que apareció en *Mirandum*, n.º 20 (2009), pp. 5-22; “Mondialisations et droit: prolégomènes à une problématique” (pp. 91-108), que fue publicado con anterioridad en la obra dirigida por esos dos grandes filósofos del Derecho que son Henri Pallard y Stamatios Tzitzis, titulada *La mondialisation et la question des droits fondamentaux*, Québec, 2003, pp. 109-123; “Cosmopolitisme contemporain: à propos du droit, guerre et terrorisme” (pp. 109-124), colaboración

recogida antes en *Enjeux philosophiques de la guerre, de la paix et du terrorisme*, Québec, 2003, pp. 121-138; “Villey et la question de la dialectique juridique” (pp. 125-145), recogido en *Michel Villey. Le juste partage*, París, 2007, pp. 23-42; “Discours d’application des normes en droit: méthodologie juridique et considérations de philosophie du droit” (pp. 147-162), publicado la primera vez por Lukas S. Sosoe, *La vie des normes et l’esprit des lois*, París y Montréal, 1997, pp. 73-90; “Application ou procéduralité: quelques réflexions sur le projet juridique moderne” (pp. 163-172), que vio la luz en letras de imprenta en la obra colectiva *Méthode et interventions en éthique appliquée*, Montréal, 2000, pp. 191-202 y “Scolies sur l’avenir des Facultés de droit” (pp. 173-183), aparecido en *Le verdict. Journal de la Faculté de droit de l’Université Laval*, vol. IV, n.º 4 (2005), pp. 14-19, en *Studia Universitatis Babeş-Bolyai, Jurisprudentia*, n.º 2 (julio-diciembre 2007), pp. 3-10 y en *Notandum Libro*, vol. XII (2009), pp. 11-18.

Por las presentes páginas desfilan algunos iconos de referencia continua en el pensamiento de Melkevik. En primer lugar, Michel Villey con quien se formó en París y de cuyo pensamiento tan profundamente conservador y neotomista se distanció durante mucho tiempo Melkevik. En segundo término vemos aparecer en este libro a Carl Schmitt (1888-1985), de quien no acaba de despegarse Melkevik con una crítica contundente e inequívoca de un nazi, que teoriza sobre el estado de excepción, y al que atribuye una influencia “inmensa” en el siglo XX. El nazismo fue enterrado en 1945 y no es conveniente resucitarlo con comentarios elogiosos de Carl Schmitt o con ediciones de su obra acompañadas de amplísimos estudios preliminares como ha hecho José Luis Monereo Pérez y continúa haciendo un día sí y otro también Jerónimo Molina Cano. A Carl Schmitt y su ideología negativa, no ha de prestársele la más mínima atención, ni consideración, pues de otro modo nos acercamos imprudentemente al precipicio. Resulta aberrante su justificación del expansionismo territorial alemán. Hay que ignorarlo y no digamos su noción de estado de excepción y sus principios ideológicos de la salud política, por no dejar en el tintero su teología política. Inventarse un Carl Schmitt laico y de izquierdas carece de sentido. Rescatarle y bendecirlo desde posiciones avanzadas y progresistas es una locura postmoderna, que resulta contraria a los derechos humanos. Son igualmente aberrantes las reflexiones que Carl Schmitt hizo sobre los judíos que dieron lugar a que se publicara un libro al respecto recogiendo y comentando, para que se ubique de una vez en su sitio a ese terrorífico nazi, que tuvo tanta incidencia en España en los años cuarenta, cincuenta y sesenta.

El artículo dedicado al futuro de las Facultades de Derecho refleja un panorama específico del Canadá francófono, pero que no es asimilable a algunos países como Francia o Italia, donde las Facultades de Jurisprudencia gozan de notable prestigio y consideración dentro del mundo universitario. Otro caso distinto es el de España, donde sí que lo tienen, pero aparecen de vez en cuando elementos distorsionadores en la investigación científica que plagian por aquí, por allá o por acullá, y en Segovia como podrían hacerlo también en Madagascar.

Me viene ahora a la memoria una tesis doctoral de una persona del área de conocimiento de Melkevik, que recibió el premio extraordinario, y que, sin embargo, plagiaba, citándolos alguna vez y copiándolos literalmente muchas otras más, a manuales elementales de Historia del derecho, al uso de la docencia en Universidades españolas, como el de José Antonio Escudero López, el de José Manuel Pérez-Prendes, el que durante años se recomendó en la UNED del propio Pérez-Prendes y de Azcárraga (con contenidos precedentes de Manuel Torres López, por lo que en realidad copiaba unas veces y recopiaba otras), y además el

trabajo sobre el ripto de Alfonso Otero Varela (por otro lado, gran plagión en su Memoria docente e investigadora que sigue de cerca, de cerquísima, la de Rafael Gibert –cuando Otero la copió era todavía inédita–), el librito de Pérez-Prendes sobre las Cortes de Castilla, del que copia una poesía y todas las citas del Fuero Real, aparte de párrafos del libro sin comillas, ni nada, del primer tomo que Claudio Sánchez Albornoz y Menduñía dedicó a los orígenes del feudalismo. Pero en este caso también la plagiaria busca el perdón de Dios, pues copia unas veces y cita otras a una persona de acendrado catolicismo como Plinio Correa d'Oliveira, del que toma todos los discursos que le vienen en gana de Pío XII e indica que los ha visto directamente (su acceso es a través de D. Plinio), y al cardenal Herrera Oria. Si copia a un papa y a un cardenal, esa persona plagiaria está sin duda reconciliada con Dios, pero también debe hacerlo con la ciencia, aunque claro, siempre se podrá argumentar que hay ciencia porque existe la Providencia. Pero, por otro lado, restan los librepensadores, para los que existe la *liberté d'esprit*, pero no la *liberté de copie*, y no es un problema en la terminología de Melkevik, ni de *novdroit*, ni de *novlangue*, ni que hoy ni mañana me ven los eunucos del palacio de Abderramán III, porque pasado mañana te pueden detectar los evaluadores del ANEP o de la ANECA. Decía un clásico que la verdad científica no puede callarse, porque es como enterrar un lingote de oro bajo tierra con el deseo de que nadie lo encuentre. Este es un caso parecido al de Silvana Koch-Mehrin, que era Vicepresidenta del Parlamento europeo en representación de los liberales. Hizo graves plagios en su memoria doctoral de Historia de la Economía, titulada *Historische Währungsunion zwischen Wirtschaft und Politik* defendida en la Universidad de Heidelberg en 2000. La resolución oficial de retirada del grado de doctora se produjo el 15 de junio de 2011. Además otro ejemplo es el de la tesis doctoral de la hija del ex Ministro-Presidente de Baviera Edmund Stoiber, que puso en práctica un plagio literal de casi cuarenta páginas. Tras un examen exhaustivo, llevado a cabo por la Universidad de Constanza, Veronica Sass-Stoiber ha perdido su doctorado, por resolución oficial del 11 de mayo de 2011. El asunto se consideró tan grave que llegó a intervenir la Fiscalía de Constanza. Un grupo de intelectuales con una metodología depuradísima en el reconocimiento de los plagios, como no se ha visto hasta ahora en otras partes, bajo las siglas VroniPlag.wikia.com, están detrás del descubrimiento de estas dos últimas plagionas, plagistas y plagiarias, que han entrado por derecho propio en el Sindicato del Crimen Plagiario, y de otros y de otras más. Habrá que ponerles al corriente de lo que ocurre en España. Y no sólo con las tesis doctorales, sino también con los proyectos docentes e investigadores, presuntamente originales, que son presentados en los concursos de oposiciones universitarias. [Recibido el 29 de enero de 2012].

Manuel J. Peláez

Jean-Claude Meyer, *Deux théologiens en Révolution. L'universitaire Paul-Benoît Barthe, évêque du Gers. Le carme prédicateur Hyacinthe Sermet, évêque métropolitain du Sud*, Centre Histoire et théologie, Parole et Silence, 2011, 634 pág.

RESUMEN: L'étude de l'abbé Meyer occupe une place de choix dans les travaux sur le clergé constitutionnel français. Elle montre comment deux clercs, différents par leur formation théologique et leur position dans l'Église – un dominicain et un carme – se sont laissés convaincre par les thèses gallicanes (élection des clercs et des évêques par le peuple, primauté de l'autorité du concile sur celle du Pape) et l'esprit révolutionnaire de 1789. Ils sont parmi les premiers signataires les plus enthousiastes de la Constitution civile du clergé. Ils croient, en toute bonne conscience, que la nouvelle situation, faite à l'Église de France, la libérera des pressions politiques et des contraintes économiques du système bénéficial, et qu'elle retrouvera ainsi la pureté de ses origines, faites d'un communautarisme et d'un égalitarisme parfait. Acceptant le déisme et le rationalisme dont ils favorisent la diffusion, ils deviennent des autorités écoutées dans le Sud de la France. Surtout l'un d'eux devenu évêque. Ils soutiennent jusqu'au bout l'entreprise de la Révolution et s'en font les propagandistes, tout en s'étonnant des résistances qu'ils rencontrent de la part des catholiques restés fidèles aux prêtres réfractaires et à leur foi. Même lorsqu'ils sont emprisonnés, au moment de la Terreur, ils continuent à croire aux idées de la Révolution. Curieusement, leur soumission vis-à-vis du Pape reste entière, mais il n'est à leurs yeux qu'un arbitre universel. Leur attitude, concernant le concile national dont ils sont de fidèles participants, est pleine de contradictions. Enfin, lorsque Bonaparte renoue des liens avec la Papauté et œuvre pour la paix religieuse, en obligeant tous les évêques alors en fonction à démissionner, ils se retirent. Mais jusqu'à leur mort, ils ne renieront pas leurs idées et leur foi dans les bienfaits de ce qu'ils croient être le progrès moral de la Révolution.

PALABRAS CLAVE: Clergé assermenté, Clergé constitutionnel, Clergé réfractaire. Concile national, Constitution civile du clergé, France, Gallicanisme, Papauté, Révolution française, Terreur, Théologien, Toulouse.

Déjà bien connu par ses précédents travaux dont *La vie religieuse en Haute-Garonne (1789-1801)*, Université Toulouse-le-Mirail, 1982, l'abbé Jean Meyer nous livre une étude particulièrement intéressante sur l'activité religieuse de deux évêques constitutionnels acquis aux idéaux de la Révolution de 1789. Il s'agit d'un ouvrage particulièrement soigné, dont le préfacier, le professeur Jean de Viguierie, souligne les qualités et la remarquable contribution, non seulement à l'histoire religieuse de la France mais, plus largement, à celle des idées de la période révolutionnaire. La lecture du livre nous introduit, en effet, dans l'atmosphère si singulière de cette époque où de grands esprits, gagnés aux idées de leur temps, refuseront toujours de se rétracter, en dépit des souffrances et de l'emprisonnement qu'ils connaissent. En effet, chacun des deux prêtres : l'abbé Paul-Benoît Barthe, théologien, doyen de faculté de théologie de Toulouse et l'abbé Antoine Pascal Hyacinthe Sermet, carme déchaussé et prédicateur, incarnent l'installation de la Révolution dans l'univers religieux chrétien et ne la remettent pas en cause.

Les trois parties du livre : *Dans le vent des réformes – L'aboutissement des divergences : la rupture ecclésiologique – Rétablir l'unité de l'église gallicane*, permettent de couvrir un vaste domaine historique et religieux et de faire apparaître – à travers deux personnages clés du Sud-ouest – l'étendue des problèmes posés à

l'Église et à la société française dans ces années cruciales. On voit les deux abbés prêter le serment constitutionnel, approuver les mesures religieuses prises par l'Assemblée constituante, et bénéficier des promotions qui portent le premier à la tête du diocèse du Gers et le second au gouvernement métropolitain du Sud de la France.

Le travail de l'abbé Meyer est étayé sur les sources des archives publiques et privées mais également sur les très nombreux discours, correspondances et sermons des deux évêques (dont celui de Sermet, en occitan, à l'occasion de la Fédération Générale, qui est intégralement reproduit dans des pièces justificatives), ainsi que sur une importante bibliographie. Ce sous-bassement permet à l'auteur de se situer dans une proximité très grande avec les acteurs de cette histoire, mettant au jour leur gallicanisme exacerbé, leur croyance – on pourrait dire leur foi – dans la Révolution.

Barthe et Sermet sont en effet intimement persuadés de la valeur morale de l'action révolutionnaire. La Constitution civile du clergé est pour eux un retour salutaire à l'Église primitive dont ils ne cessent d'exalter les vertus et qu'ils idéalisent, en particulier à propos de l'élection des pasteurs par les fidèles – ce qui est contraire aux faits historiques mais qui était alors très en vogue, notamment grâce aux travaux de l'abbé Claude Fleury sur le christianisme ancien et son âge d'or. Elle permet aussi à l'Église de France de se libérer des règles juridiques bénéficiales jugées incompatibles avec la rigueur morale qui imprègne toute la période, et parce que la nation est considérée comme le véritable peuple des fidèles et, qu'à ce titre, il est propriétaire des biens de l'Église. Sans voir en eux un jansénisme qui ne saurait être, puisque aucun des deux n'adhère à ses thèses, il est clair que l'histoire du christianisme est revisitée d'une manière qui ne peut que susciter d'utiles réflexions chez le lecteur qui s'intéresse au devenir du christianisme contemporain. La doctrine du concile de Constance est la Bible des deux évêques. Ils y voient la confirmation de la nécessité de faire prévaloir l'autorité du concile œcuménique sur celle du pape. D'ailleurs, à leurs yeux, l'État est tout puissant. Il doit contrôler et même régler la discipline extérieure du clergé. Toutefois, dès le début de la Révolution, leur attitude est équivoque. Par exemple, lorsqu'elle leur fait dire que le décret d'abolition des ordres religieux ne porte pas atteinte à la religion et que toute l'œuvre de l'Assemblée est toujours respectueuse de la foi catholique, même dans sa prétention à réformer seule l'Église ; qu'elle est même présentée comme une purification nécessaire. Plus essentiel encore est la question relative aux relations étroites entre le patriotisme et le christianisme. L'abbé Meyer montre, en effet, la nature des liens qui se nouent entre la patrie et la foi et qui aboutissent à une sacralisation de la patrie. Le patriotisme se voit conférer un caractère surnaturel. Et puisque pour eux, la Révolution est l'œuvre de Dieu, Sermet n'hésite pas à mettre sur un plan plus élevé le martyr mort pour la patrie que celui qui est mort pour la foi. Les discours des deux abbés – surtout ceux du prédicateur – sont pleins du culte rendu à la patrie, aux droits de l'homme, aux droits du genre humain. Ils considèrent ces droits, pour lesquels ils s'enthousiasment, comme la réalisation des préceptes évangéliques. Une certaine forme de religion civile, chère à Rousseau, imprègne tellement leur philosophie politique qu'elle les conduit à y inclure totalement le christianisme qui apparaît comme le réservoir des idéaux républicains et le fondement des vertus civiques. Cette confusion les conduit toujours à hésiter lorsqu'il s'agit de juger sévèrement la Révolution. Même lorsqu'ils en sont les victimes sous la Terreur, leur croyance dans le progrès et le salut qu'il apporte à la nation chrétienne est intacte. Ils sont seulement parfois découragés et connaissent des défaillances

lors de leur emprisonnement. Elles conduisent Barthe à demander un congé provisoire pour se marier – ce qui est considéré alors pour les prêtres comme un brevet civique. Sermet doit abdiquer son titre d'évêque-curé. On est donc loin de pouvoir faire d'eux des martyrs pour la foi. Ce qui offre un contraste saisissant avec l'attitude générale des prêtres réfractaires qui n'ont pas hésités à donner leur vie plutôt que de trahir leur choix. Leur attitude envers le pape est singulière. Pendant toute cette époque, ils ne cessent de le voir comme le chef de l'Église universelle. Mais c'est comme une sorte de surveillant général dont il importe d'obtenir qu'il accepte la Révolution. Néanmoins, il est l'arbitre nécessaire et son intervention – son acquiescement à l'Église constitutionnelle – est jugée indispensable pour mettre fin au schisme qui déchire l'Église de France. Cette conception arbitrale de l'autorité pontificale verra le jour, on le sait, lorsque Bonaparte et Pie VII s'accorderont pour demander à la totalité des évêques (réfractaires et constitutionnels) de démissionner pour construire un nouvel épiscopat.

Si on l'analyse plus globalement, l'étude de l'abbé Meyer est exceptionnellement riche. Elle n'hésite pas à montrer qu'on est en présence d'une ecclésiologie nouvelle qui reçoit des idéaux révolutionnaires un appui, qui lui confère une modernité dont l'histoire ne parviendra pas vraiment à se défaire, et dont on trouve des traces dans le concile Vatican II. Parmi les questions posées, il faut souligner celles de l'engagement civique des clercs, la nature du rapport entre chrétienté et citoyenneté, les conséquences de la confusion du culte public et du culte religieux (culte solennel célébré au nom de la société civile), le poids historique d'un gallicanisme épiscopal autoritaire, évalué certes dans la région toulousaine que l'on peut pourtant qualifier également de janséniste, la primauté d'une définition sociopolitique de la « *congregatio fidelium* » sur la définition théologique classique. Elle-même renforcée par l'idée que la puissance civile instaurée par le peuple – qui est *son vrai et proche instituant* –, car c'est Dieu qui approuve cette médiation. La transformation de l'adhésion à la foi qui se voit réduite à une option de la conscience personnelle. Cela dit, l'abbé Meyer écrit aussi en historien du diocèse. Il met parfaitement en évidence les difficultés de l'installation de l'église locale dans le schisme. Il montre les obstacles que rencontrent les deux thuriféraires de la Révolution pour en convaincre leurs ouailles et leurs imposer des curés assermentés. Il trace les limites de l'obéissance absolue aux lois séculières auxquelles sont confrontés Barthe et Sermet, mêmes lorsqu'elles sont portées au crédit des « fanatiques ultramontains ». Il en donne des exemples frappants comme les lois sur le divorce, tout comme le mariage des prêtres. Il creuse à l'intérieur des consciences les raisons de l'impossible accord entre la foi et la Révolution. Il prend appui aussi sur la vague de déchristianisation qui atteint le clergé constitutionnel dans le Gers et la Haute-Garonne dont le théologien et le carme prédicateur sont les témoins impuissants.

L'histoire de l'action des « deux théologiens en Révolution » se clôt à partir des années 1794 jusqu'en 1797. Comme dans toute la France, l'église locale constitutionnelle recouvre une partie de sa liberté religieuse. Ce qui justifie pour Barthe et de Sermet un renforcement de leur adhésion à l'idéologie révolutionnaire – les mandements enflammés de Sermet le montrent. Ils sont de fermes partisans de la collégialité, installent des synodes ruraux, affirment leur volonté de mettre fin à la structure hiérarchique de l'Église en rapprochant le statut des curés de celui des évêques. Le doute ne les effleure pas. Il s'agit pour eux de participer à la restauration de l'unité d'une nouvelle Église dont le premier concile gallican de Paris de 1797 édicterait les règles. Elles s'imposeraient aux clercs réfractaires qu'il s'agit de faire rentrer au sein de l'Église en se targuant d'une pseudo-adhésion pontificale. On sait

que le concile fut brusquement interrompu le 15 août à la suite de l'accord conclu entre Pie VII et le Premier consul, et que la démission de tous les évêques en fut la conséquence. Elle atteignit Barthe et Sermet qui finirent leur vie d'une manière modeste : le premier devint professeur de grammaire à l'École Centrale du Gers, Sermet fut un humble pasteur à Versailles puis à Paris dans l'entourage de ses anciens collègues.

L'abbé Meyer s'est servi de leur destin particulier, dans les temps profondément troublés de la Révolution, pour mettre en lumière les conséquences d'un gallicanisme ecclésiastique et politique devenu la loi religieuse de l'État. Il a montré la complexité de l'adhésion d'une partie du clergé aux idéaux des Lumières et plus encore aux lois de la République, l'ambiguïté de leur vie publique comme privée, les tensions inévitables entre leur foi et leur engagement politique, les ruptures tragiques, ainsi que les voies sans issues que l'Église de France était amenée à prendre et qu'elle refusera finalement. Pour l'auteur, la réaction ultramontaine qui suivra doit être examinée en tenant compte de ces héritages, tout comme s'explique la renaissance du prestige pontifical dans l'ecclésiologie du XIX^e et du XX^e siècle. [Recibido el 9 de enero de 2012].

Gérard Guyon

José Luis Monereo Pérez, *La tradición del marxismo crítico*, Comares, Granada, 2011, 225 págs.

RESUMEN: Volumen dedicado al pensamiento marxista tanto desde el punto de vista clásico como de las diferentes tendencias fruto de la evolución de sus más destacados postulados y en el que se incide en la influencia de esta doctrina decimonónica en todos los campos del saber. El planteamiento llevado a cabo por José Luis Monereo Pérez abarca numerosos factores relacionados con la teoría crítica del derecho en el pensamiento marxista llevando a cabo un estudio bastante profundo fundamentado en buena parte en traducciones castellanas de autores extranjeros.

PALABRAS CLAVE: José Luis Monereo, Eduard Berstein, Karl Marx, Georges Sorel, Eugène d'Eichthal, Revisionismo marxista, Socialismo evolucionista, Capitalismo.

El erudito catedrático de Derecho del Trabajo y de la Seguridad Social de la Universidad de Granada, José Luis Monereo Pérez, nos presenta en esta ocasión, incluido en la colección Crítica del Derecho de la Biblioteca Comares de Ciencia Jurídica, un volumen dedicado al pensamiento de Karl Marx de quien afirma sin descubrir nada nuevo que «fue un hombre de muchos saberes, un auténtico sabio, uno de los más grandes de la Humanidad, sin exageración alguna» (p. 1), idea en la que coincide, entre otros muchos, con el gran Norberto Bobbio .

Partiendo del estudio de las bases de la tradición del marxismo en la actualidad, principia por señalar su continua evolución incidiendo en las diversas tendencias dentro del mismo haciendo muy especial hincapié en el revisionismo crítico de Berstein –cabe señalar que Monereo vierte en el texto que recensiono muchas de las ideas que aparecen en la revisión y estudio crítico que el granadino realiza en el volumen también dedicado a Berstein titulado *El socialismo evolucionista* publicado

igualmente en 2011 dentro de la sección Arte del Derecho en la misma colección que también el A. dirige y por la misma editorial— para luego centrarse en la persistencia a lo largo del tiempo de los análisis marxistas, constatando el innegable impacto de sus postulados en todas las ramas de las ciencias sociales y dando cuenta de la pluralidad de orientaciones existentes en todos los campos del saber mencionando multitud de autores y escuelas sin apenas profundizar en sus argumentaciones. A lo largo del libro aparecen Lukács, la Escuela de Fráncfort con Theodor Adorno, Max Horkheimer, Franz Neumann, Otto Kirchheimer o J. Habermas, entre otros representantes de la misma; la Escuela de la regulación y algunas aportaciones de la “Institucionalista”; el llamado marxismo analítico estadounidense; la “Escuela crítica del Derecho francesa” con autores como G. Lyon-Caen... Como estudiosos y seguidores del pensamiento marxista destaca también Monereo dentro del campo de la Economía a Rosa Luxemburgo y a Lenin, mientras que en el campo sociológico resalta a Ferdinand Tönnies y a Werner Sombart; en el de la filosofía, la psicología y la antropología figuran Georges Sorel (de quien Monereo conoce bien su famosa monografía sobre la descomposición del marxismo editada en Francia en 1908) y A. Gramsci; y, en historia, H. Pirenne, Witold Kula o Pierre Vilar... entre otros.

Junto a unas pocas páginas dedicadas al desarrollo del capitalismo, quizás merezca la pena ser destacado el estudio que realiza Monereo acerca de la concepción del Derecho y del Estado en el marxismo, aunque se echa en falta un mayor y mejor análisis de la doctrina marxista desde el punto de vista de las relaciones laborales, donde la realidad ha demostrado que presenta una serie de importantes quiebras en los principales puntos que la caracterizan, a saber, consideración de las clases como fuerza histórica, concepción dicotómica de la sociedad, concentración de la clase proletaria y conquista del Estado. Admitiendo la existencia de la lucha de clases como fuerza socioeconómica y su fundamental carácter en la evolución histórica, hay que reconocer su posición enfrentada, que viene enmarcada por múltiples factores, pero que luego se simplifican hasta quedar reducida a los puramente económicos. En la doctrina de Marx, esta divergencia o antagonismo entre las dos clases básicas no se fundamenta en la disparidad de ingresos ni en la procedencia de éstos, sino en la propiedad de los medios de producción. Llegado a su límite máximo este desequilibrio Marx señalaba en su hipótesis que llegaría el día en que los proletarios al realizar su revolución, exterminarían a las restantes clases burguesas, conquistando el Estado. De esta revolución saldría el nuevo Estado, que permitiría la aparición de un hombre diferente: el hombre redimido, desapareciendo así, por primera vez en la historia, la eterna lucha, clase dominante-clase dominada. Sin embargo, el transcurso de los acontecimientos ha demostrado el incumplimiento de estas premisas no señalando sin embargo Monereo que Marx concibió su doctrina como una hipótesis y sus discípulos cometieron el error de convertirla en tesis; de ahí las múltiples interpretaciones a las que ha dado lugar desde su aparición.

El libro cuenta con cientos de notas a pie de página que demuestran el conocimiento del A. del tema tratado y es una síntesis muy adecuada para el conocimiento del marxismo crítico en todas sus tendencias, por lo que de nuevo merece Monereo el reconocimiento de su innegable labor científica. [*Recibido el 9 de noviembre de 2011*].

María Encarnación Gómez Rojo

Manuel J. Peláez, ed., *Diccionario crítico de juristas españoles, portugueses y latinoamericanos (hispánicos, brasileños, quebequenses y restantes francófonos)*, vol. II, tomo 2.º (= tomo 3.º de la colección), Universidad de Málaga, Zaragoza y Barcelona, 2008, 689 págs.

RESUMEN: Se trata de una obra colectiva en cinco tomos, en la que colaboran más de doscientos cincuenta profesores universitarios (abogados al margen junto a otros profesionales del mundo del Derecho) de España, Francia, Italia, Argentina, Chile, Canadá, Estados Unidos de América, Venezuela, Colombia, Ecuador, Perú, México y Brasil, y en la que aparecerán 4.003 semblanzas de juristas de los diversos territorios objeto del diccionario, de habla francesa, española y portuguesa. En el presente tomo tercero, los juristas recogidos abarcan desde la letra Ve a la Z, y en un Apéndice complementario desde la letra A a la Z. El tomo quinto y último irá acompañado de 52 elencos y relaciones de juristas por países o regiones. Los juristas se agrupan con una clasificación que se asigna por estrellas, de una a cuatro. La extensión de la semblanza no se corresponde con el número de estrellas. Son escasísimos los juristas a los que se les otorgan cuatro estrellas. Más del 75% de las semblanzas se corresponden a juristas que tienen asignada una sola estrella.

PALABRAS CLAVE: Juristas franceses, Juristas chilenos, Juristas españoles, Juristas de Texas, Juristas de California, Juristas de Florida, Juristas de Luisiana, Juristas brasileños, Juristas colombianos, Juristas catalanes, Juristas valencianos, Juristas portugueses, Colegio San Clemente de los Españoles de Bolonia, Manuel J. Peláez, Antonio Pérez Martín y José Calvo González.

En 2008 apareció publicado el tomo tercero del *Diccionario crítico de juristas españoles, portugueses y latinoamericanos (hispánicos, brasileños, quebequenses y restantes francófonos)*, que dirige y edita Manuel J. Peláez. Va acompañado en esta oportunidad de una breve "Justificación" introductoria, pp. 5-8, más reducida que las que vieron la luz en los tomos primero y segundo. Se culminan las letras V a Z y se alcanzan los prometidos 1.403 juristas previstos al principio. Se inicia el tomo con Ramón de Vedruna Vidal (1776-1846), hermano de Santa Joaquina Vedruna (1783-1854), y se finaliza con José María de Zumalacárregui Prat (1879-1956). A partir de la p. 176 se abre el Apéndice biográfico Ψ, con Manuel Abad Queipo (1751-1825) y se cierra con Jorge Zurek Mesa (†1992).

Los juristas recogidos en este tomo llegan a 1.149. Algunos son de poca relevancia, pero no son infrecuentes aquellos que tienen una dimensión informativa muy extensa como Octavio Véjar Vázquez (1900-1974), los dos Pedro Vélez de Guevara (1529-1591) y (1538-1585), Dalmacio Vélez Sarsfield (1800-1875), Fray Alonso Gutiérrez de Veracruz (1507-1584), Francesc d'Assís Vidal i Barraquer (1868-1943), Manuel Vicente Villarán Godoy (1873-1958), Francisco de Vitoria (1483-1546) (una de las semblanzas más extensas de todas las publicadas hasta ahora, pero no la que más), Ricardo Dolz Arango (1861-1937), Francisco Fernández de Villavicencio y Arévalo (1923-1995), Amadeo de Fuenmayor Champín (1915-2005), Juan de Uña Sarthou (1871-1948), José Maluquer Salvador (1863-1931) y Rafael de Ureña Smenjaud (1852-1930).

Por publicarse la presente recensión en una revista de Historia de las ideas políticas y de las instituciones públicas, nos permitimos indicar las semblanzas de los cultivadores de estas ciencias recogidos en el presente tomo tercero, que no son

otros que Rafael Eladio Velázquez (1926-1994), Juan de Dios Vico Bravo (1845-1908), Benjamín Vicuña Mackenna (1831-1886), Justo Villanueva Gómez (1893-1952), Manuel Vicente Villarán Godoy (1873-1958), John Henry Willan (1826-1888), Hugo Alejandro Zepeda Barrios (1907-1998), Louis-Philippe Brodeur (1862-1924), Juan Candela Martínez (1919-2001), José Carrasco Torrico (1862-1921), Manuel Colmeiro Penido (1818-1894), Alvaro Barreirinhas Cunhal (1913-2005), Narcisse-Henri-Édouard Faucher de Saint-Maurice (1844-1897), Juan Ferrando Badía (1926-2007), Víctor Ferro Pomà (1936-2007), Juan García González (1926-2007), Antonio Govín Torres (1849-1915), Jean-Achille Joli-Coeur (1896-1967), Jesús Lalinde Abadía (1920-2007), Jesús María de Leizaola y Sánchez (1896-1989) (el gran lehendakari vasco del exilio), Luc-Horatio Lettelier de Saint-Just (1820-1881), Edward Livingston (1764-1836), Guillermo Lohmann Villena (1915-2005), Enrique Mac Iver Rodríguez (1844-1922), Ignacio Mariscal (1829-1910), Juan Bautista Saavedra Maella (1869-1939), José Antonio Saco López-Cisceros (1797-1879), Andrew Stuart (1785-1840) y Rafael de Ureña Smenjaud (1852-1930).

Se observa en este tomo un considerable número de juristas de Chile, de Cuba, de Texas, del Québec y de Cataluña. De la mano del experto máximo (Antonio Pérez Martín) en juristas españoles que se doctoraron en Leyes o en Cánones en la Universidad de Bolonia, superan los doscientos los recogidos en este tomo. José Calvo González, por lo que hemos visto, es quizás el que da mejor tratamiento informativo a las semblanzas de los juristas latinoamericanos.

Esperamos la aparición de los tomos cuarto y quinto donde se publicarán un total de 1.666 biografías de juristas.

La publicación de esta obra, junto a la aparición del Diccionario histórico de juristas franceses, ha movido a un grupo considerable de historiadores del derecho italianos a poner en marcha un Diccionario histórico de juristas italianos, de dimensiones más reducidas que la presente obra que estamos comentando, pues los italianos se limitarán a un solo tomo cuya publicación se estima se llevará a cabo en 2014 ó 2015. [*Recibida el 10 de febrero de 2012*].

Miriam Seghiri

Antonio Planas Rosselló y Rafael Ramis Barceló, *La Facultad de Leyes y Cánones de la Universidad Luliana y Literaria de Mallorca*, Madrid, Carlos III-Dykinson, 2011, 186 págs.

RESUMEN: Este libro es una interesante contribución a la historia de las universidades y al conocimiento de la cultura jurídica de Mallorca. Sus autores son el profesor Antonio Planas Rosselló, especialista en Historia del Derecho e Historia de las Instituciones Públicas del Reino de Mallorca (1230-1715), y el profesor Rafael Ramis Barceló, estudioso del lulismo e historiador del pensamiento jurídico. Ambos son miembros actuales del área de Historia del Derecho y de las Instituciones de la Universidad de las Islas Baleares.

PALABRAS CLAVE: Antonio Planas Rosselló, Rafael Ramis Barceló, Facultad de Leyes, Cánones, Universidad Luliana y Literaria de Mallorca,

La Universidad Luliana de Mallorca, fue erigida en 1483 por Fernando el Católico. Sin embargo, desde 1483 hasta 1692 la Universidad no tuvo un privilegio Real y Pontificio, y los estudiosos se vieron obligados a viajar a otras universidades a fin de obtener sus títulos. Bolonia, Padua, Pavía, Pisa y Florencia fueron los destinos principales de los universitarios mallorquines. Tal y como se explica en el primer capítulo, estos juristas participaron en la cultura humanística y escribieron algunos libros jurídicos importantes. En este momento, los juristas de Mallorca adquirieron relevancia en el *cursus honorum* político y jurisdiccional de la Corona de Aragón.

El segundo capítulo ofrece un análisis acerca de los planes de estudio desde 1692 hasta 1830. La idea principal es que la Universidad de Mallorca tenía el mismo programa prácticamente desde el principio hasta el final de la institución: la explicación tradicional del *Corpus Iuris Civilis* y el *Corpus Iuris Canonici*. Las ordenanzas de Carlos III dirigidas a todas las Facultades de Derecho Canónico y Civil de España no afectaron a la explicación del *ius commune* en Mallorca. La introducción del estudio del “derecho patrio” fue tardía y se puso en práctica a regañadientes. Por esta razón, los juristas mallorquines utilizaron el Derecho Romano hasta el siglo XIX, porque era el que habían aprendido en la Universidad. Sorprende, por tanto, y muy desagradablemente que habiendo sido el Derecho romano justiniano elemento clave de la conformación del Derecho de Mallorca, se haya suprimido la enseñanza del Derecho romano dentro del Grado en Derecho en la Facultad de Leyes de la Universidad de las Islas Baleares. Actuación inexplicable e inculcable, y contraria al hecho diferencial baleárico.

En el tercer capítulo se explica la composición del claustro. En la Universidad sólo había cinco cátedras, dos de Prima y Vísperas de Derecho Civil y Canónico y otra de *Instituta*. En otras universidades importantes de España, como Salamanca o Alcalá, había más cátedras (Codex, Sexto, Digesto...).

En Mallorca, los catedráticos, al no haber participado de las innovaciones metodológicas que se experimentaban en Europa, no hicieron contribuciones demasiado significativas. Las *Constituciones* de la Universidad Luliana de Mallorca se aprobaron en 1697 y en ellas se determinaba tanto el programa de las asignaturas como el proceso para obtener la cátedras. Se refieren en este capítulo algunas irregularidades en el sistema de elección de los catedráticos: algunas familias (como los hermanos Serra Maura) controlaban la institución y sus miembros ocupaban varias plazas.

En el cuarto capítulo explica la adquisición de grados de la Facultad. Había tres grados: bachiller, licenciado y doctor. Después de estudiar cinco cursos era posible aprobar el examen y obtener la licenciatura. Las *Constituciones* ordenaron un proceso muy difícil y costoso para obtener el doctorado, pero en el siglo XVIII estas disposiciones fueron violadas y no sólo la gente de Mallorca, sino también los estudiantes de Cataluña obtuvieron su título de la Universidad Luliana, porque los exámenes eran para ellos mucho menos rigurosos que en Cervera.

En el último capítulo se examina el reinado de Fernando VII y la decadencia de la Universidad. De 1820 a 1830, la Facultad de Derecho Civil y Canónico trató de adaptar su estructura a las exigencias de la legislación real. No fue posible porque la Facultad no podía pagar el sueldo de los catedráticos, puesto que estaba económicamente colapsada. Los últimos años de la Universidad fueron, así pues, un período de controversias políticas y decadencia académica.

Una de las partes más curiosas del libro es un anexo que contiene las biografías de los catedráticos. Muy pocas merecerían figurar en las prosopografías de los grandes juristas españoles, aunque hay que destacar algunas excepciones (Bernadí

Bauzà, Antoni Serra Maura, Antoni Bisquerra de Gabelli, quizás algunas más, aun no dejando de ser una *questio* peligrosa, pues *homines notos sumere odiosum est*). Todos los catedráticos nacieron en Mallorca, y casi todos eran laicos y abogados. En su mayor parte no hicieron contribuciones importantes al saber jurídico, pero sus obras tienen cierto interés para el estudio de la influencia del derecho privado romano desde la Edad Media al siglo XIX.

Con anterioridad a este libro, Antonio Planas había publicado algunas biografías y reseñas de Juristas de Mallorca en relación con la recepción del *ius commune* y las ideas humanísticas, y Rafael Ramis había sacado a la luz diversos artículos sobre la Universidad Luliana. Con este libro el estudio de la Facultad de Derecho Civil y Canónico de la Universidad Luliana de Mallorca está prácticamente agotado. Sólo haría falta, en la medida de lo posible, establecer una relación de los graduados de la Facultad para constatar la escasísima presencia de juristas peninsulares en Mallorca. En todo caso, se trata de una labor verdaderamente importante y una de las más destacadas contribuciones a la historia de las universidades de los últimos años, llevada a cabo en España. [Recibido el 16 de enero de 2012].

Miriam Seghiri

Annie Stora-Lamarre, Jean-Louis Halpérin y Frédéric Audren, ed. *La République et son droit (1870-1930)*, Presses Universitaires du Franche-Comté, Besançon, 2011, 538 págs.

RESUMEN: Obra colectiva verdaderamente interesante que versa sobre la Tercera República francesa, en el periodo que transcurre no hasta el término de la misma en 1940, sino hasta 1930. El enfoque no es institucional, sino ideológico y doctrinal. Las figuras claves son los juristas, unos de mayor relieve y otros de menos importancia. En cualquier caso a lo largo de los 26 trabajos publicados en “La République et son droit”, se constata la existencia de un auténtico Derecho republicano y un dinamismo jurídico en Francia como no se había detectado en otras épocas históricas, hecha naturalmente la salvedad de la codificación napoleónica. La influencia de los juristas franceses de la segunda mitad del XIX y primeros tres decenios del XX ha sido considerable en Bélgica, Holanda, Alemania, España, Italia, Grecia, Polonia, Rusia y Suiza.

PALABRAS CLAVE: Annie Stora-Lamarre, Walter Badier, Vincent Bernardeau, Mikhaïl Antonov, Anne Simonin, Jean-Louis Clément, Yann-Arcel Durelle-Marc, Dan Edelstein, Carine Jallamion, Martine Kalusynski, Manuel J. Peláez, Gilles Le Béguet, Marc Milet, Emmanuel Naquet, Florence Renucci, Odile Rudelle, Olivier Le Cour-Grandmaison, Farid Lekéal, Thomas Marty, Amélie Maugère, Antoine Schwartz, Gérald Sawicki, Guillaume Sacriste, Jean-Louis Halpérin, Francine Soubiran-Paillet, Erwan Sommerer, Frédéric Audren, Universidad del Franco-Condado, Tercera República Francesa, Derecho republicano.

Interesante publicación coordinada por Annie Stora-Lamarre, catedrática de Historia contemporánea de la Universidad del Franco-Condado, Jean-Louis Halpérin, catedrático de Historia del derecho y de las instituciones y director del Centro de Teoría y Análisis del Derecho de la Escuela Normal Superior de París, y Frédéric

Audren, catedrático de Historia del derecho y de las instituciones adscrito a la Escuela de Derecho y Ciencias Políticas del CEE. Es un encuentro internacional de notable categoría pues en el mismo han participado profesores mayoritariamente franceses de diversas Universidades como las de Angers, Estrasburgo, Montpellier I, Grenoble, Nanterre, Lille II, París II Panthéon-Assas, París I Sorbona, París IV, Franco-Condado y Nancy II, junto a otros extranjeros procedentes de la Escuela de Altos Estudios en Ciencias Económicas de la Universidad de San Petersburgo, de la norteamericana Universidad de Stanford, del Centro Internacional de Criminología Comparada de la Universidad de Montréal y de la Facultad de Derecho de la Universidad de Málaga.

El libro está prologado por Odille Rudelle (pp. 9-11). A continuación presenta el marco cronológico y científico del mismo Annie Stora-Lamarre.

Las colaboraciones son de Dan Edelstein, "Terreur et droit naturel" (pp. 27-36); Erwan Sommerer, "L'ordre positif de la République. De Sièyes à Carré de Malberg: les principes d'un régime sans extériorité" (pp. 37-57); Antoine Schwartz, "La pensée politique des libéraux du Second Empire a-t-elle «inspiré» les lois constitutionnelles de 1875?" (pp. 59-76); Farid Lekéal, "Le droit coopératif républicain à l'épreuve de l'Empire: du contrat d'association de 1848 au projet de loi sur les sociétés de 1865" (pp. 77-94); Gilles Le Béguec, "Les conférences particulières pépinières de juristes et d'hommes publics, de la fin du Second Empire à la Belle Époque. Permanences et transformations" (pp. 97-111); Vincent Bernaudeau, "La création de la faculté «libre» de droit d'Angers (1875), symbole de la contre-offensive conservatrice" (pp. 113-131); Walter Badier, "Alexandre Ribot, un juriste dans les débuts de la Troisième République" (pp. 133-146); Jean-Louis Clément, "La théorie juridique de Maurice Hariou: l'adhésion de la démocratie chrétienne 1919-1930" (pp. 147-163); Yann-Arzel Durelle-Marc, "Pour «une idée raisonnée de ce que doit être un bon système de finances»: Paul Leroy-Beaulieu (1843-1916) ou la science des finances publiques à la fin du XIX^e siècle" (pp. 165-183); Francine Soubiran-Paillet, "Engagement des professeurs de droit dans l'élaboration d'une législation sociale et industrielle sous la Troisième République: quelques jalons (1890-1930)" (pp. 185-199); Emmanuel Naquet, "L'Autre dans la réflexion théorique et la mise en pratique juridique en France dans les années 1890-1930 à travers l'exemple de la Ligue des Droits de l'Homme" (pp. 201-219); Mikhaïl Antonov, "Philosophie du droit et défense de la démocratie. L'activité de Georges Gurvitch au sein de l'Institut de Philosophie du Droit et de Sociologie juridique" (pp. 221-235); Frédéric Audren, "Émile Acolas libertarien de la République" (pp. 239-261); Gérald Sawicki, "Le droit prime la force: réalités et limites d'un principe républicain sous la Troisième République" (pp. 263-279); Thomas Marty, "Le droit mobilisé: les conditions d'impossibilité d'une connaissance juridique des modes de scrutin" (pp. 281-297); Didier Mineur, "Le suffrage universel et la peur du nombre dans les années 1890. Une réflexion juridique foisonnante sur le thème de la réforme du gouvernement représentatif" (pp. 299-309); Marc Milet, "Le dévoiement d'un argumentaire. Le suffrage des femmes dans la doctrine publiciste de la Troisième République" (pp. 311-329); Manuel J. Peláez, "L'influence juridique de la Troisième République dans le droit de l'Espagne" (pp. 331-358); Anne Simonin, "La morale juridique de Georges Ripert" (pp. 359-379); Guillaume Sacriste, "La droit constitutionnel de la République naissante: collusions entre sphère politique et doctrine au nom du nouveau régime" (pp. 383-408); Amélie Maugère, "Droit et prostitution sous la Troisième République: la lente progression de l'augmentation morale dans l'arène parlementaire" (pp. 409-428); Olivier Le Cour-Grandmaison, "De la critique de l'assimilation à la condamnation des Lumières: sur

quelques fondements du droit colonial” (pp. 429-444); Carine Jallamion, “Le droit de la République au service de la colonisation: la propriété en Algérie” (pp. 445-459); Florence Renucci, “La doctrine coloniale en République. L’exemple de deux jurisconsultes algériens: Marcel Morand et Émile Larcher” (pp. 461-478); Jean-Louis Halpérin, “Un modèle français de droit républicain?” (pp. 479-495) y, a título de anexo, unas reflexiones de Dan Edelstein, sobre “L’historiographie américaine récente sur la Révolution française” (pp. 497-517).

Las temáticas abordadas giran en casi todos los casos, salvo alguna excepción, sobre los juristas republicanos franceses durante la Tercera República y su influencia en ámbitos y países externos a la propia Francia. Las instituciones republicanas también son estudiadas, pero más accidentalmente.

El 4 de septiembre de 1870 puede decirse que nace la Tercera República. El general Jules Trochu es el presidente del Gobierno de Defensa Nacional en ese momento. El armisticio firmado el 22 de junio de 1940 supuso un golpe durísimo para la Tercera República, pero se puede considerar que el final de la misma se produjo cuando el 10 de julio de 1940 la Asamblea Nacional otorgó plenos poderes al Mariscal Pétain. Sin embargo, en esa oportunidad, el libro, salvo excepciones, va a tener como marco cronológico los años que trascurren entre 1870 y 1930.

Dan Edelstein hace una serie de reflexiones sobre el Derecho natural revolucionario francés, materia en la que ya ha aportado algunos trabajos significativos, pero cuya obra fundamental al respecto vio la luz en Chicago en 2009¹. Concluye el libro el propio Edelstein, venido desde la Universidad de Stanford (la segunda más importante del mundo según varios índices de calidad), con el anexo dedicado a la historia americana reciente sobre la Revolución francesa, materia en la que se limita exclusivamente a Estados Unidos, sin ocuparse ni siquiera de Canadá, México o Argentina, donde han aparecido publicaciones sobre ese particular. Los autores principales que menciona son Jeremy Popkin, Timothy Tackett, Marie-Hélène Huet, Ronald Paulson, Keith Baker, Andrew Jainchill, Howard Brown, Arno Mayer, Donald Sutherland, David Bell y Mary Ashburn Miller.

Jean-Louis Halpérin es uno de los máximos defensores del paradigma del Derecho republicano y considera a Adhémar Esmein (1848-1913) como el jurista de Estado por antonomasia de la Tercera República. Se ha considerado como obra capital del Derecho republicano sus *Éléments de droit constitutionnel*².

Las leyes constitucionales de 1875 son objeto de reflexión colateral en algunas de los artículos aquí publicados de forma parecida a como lo es la Ley de 9 de diciembre de 1905, sobre la separación de las Iglesias y del Estado, que establecía en su art. 1.º que «la República asegura la libertad de conciencia. Garantiza el libre ejercicio de los cultos», al mismo tiempo que la República no reconoce ni subvenciona culto alguno.

Pero lo que ocupa principalmente al conjunto de colaboraciones de este libro es el pensamiento de grandes juristas de la Tercera República, y tales son los casos de

¹ Dan Edelstein, *The Terror of Natural Right. Republicanism, the Cult of Nature, and the French Revolution*, University of Chicago Press, Chicago, 2009. De Jean-Louis Halpérin ver también a ese respecto, “1789: un quart de siècle décisif pour les relations entre la Justice et le Pouvoir en France”, en *Justices*, n.º 3 (1996), pp. 13-23.

² Cfr. Jean-Louis Halpérin, “Adhémar Esmein et les ambitions de l’histoire du droit”, en *Revue historique de droit français et étranger*, LXXV, n.º 3 (1997), pp. 415-433; “Esmein, Jean-Paul-Hippolyte-Emmanuel, dit Adhémar Esmein”, en *Dictionnaire historique des juristes français, XI^e – XX^e siècle*, París, 2007, pp. 311a-312b; “De l’histoire du droit au droit constitutionnel”, en *Le droit constitutionnel d’Adhémar Esmein*, París, 2009, pp. 45-53.

Raymond Carré de Malberg (1861-1935), Paul Hubert-Valleroux (1845-1922) (sobre las reformas sociales y el Derecho cooperativo republicano), Alexandre Ribot (1842-1923), Maurice Hauriou (1856-1929), Paul Archambault (1882-1950), Marcel Prélot (1898-1972), Paul Vignaux (1904-1987), Jean Raymond-Laurent (1890-1969), Paul Leroy-Beaulieu (1843-1916), Adéodat Boissard (1870-1938), Eugène Duthoit (1869-1944), del jurista ruso y relevante masón Georgij Davydovitch Gourvitch que es más conocido como Georges Gurvitch (1894-1965), Émile Aollas (1826-1891), Léon Duguit (1859-1929) (de gran influencia en el pensamiento jurídico español del siglo XX) y Georges Ripert (1880-1958), entre otros muchos.

Se ha resaltado igualmente la influencia que el derecho republicano galo tuvo en dos grandes juristas argelinos, Marcel Morand (1863-1932) y Émile Larcher (1869-1918). Manuel J. Peláez puso de relieve la incidencia del derecho y de los juristas franceses de la Tercera República en Josep Maluquer de Tirrell (1833-1915), Ángel Ossorio y Gallardo (1873-1946), Manuel Azaña Díaz (1880-1940), Luis Jiménez de Asúa (1889-1970), José Maluquer Salvador (1863-1931), Adolfo González Posada (1860-1944), José Manuel Piernas Hurtado (1843-1911), Carlos Ruiz del Castillo Catalán de Ocón (1896-1984) y Álvaro de Albornoz Liminiana (1879-1951).

Un tema abordado con un relativo interés es el del sufragio femenino negado con contundencia por Adhémar Esmein, que ha sido considerado como el teórico constitucional de mayor peso opuesto al sufragio de la mujer. Henry Barthélemy (1857-1943) defendió con firmeza el sufragio femenino, por su condición de discípulo de Maurice Hauriou, que se había posicionado positivamente al respecto en 1901, por primera vez. Una ordenanza de abril de 1944 reconoció el sufragio activo al sexo débil en Francia.

En definitiva, un libro interesante y sumamente sugerente para los defensores de los valores republicanos, del derecho republicano, de la ciudadanía republicana, de una ciencia del derecho quintaesencialmente francesa, fundamentada en principios liberales, con escasa mentalidad social como no sea en los casos de los juristas demócratacristianos. [*Recibida el 10 de febrero de 2012*].

Miriam Seghiri

Studi senesi, Facoltà di Giurisprudenza, Università degli studi di Siena, CXXII, III.^a Serie, LIX, fasc. 1, Siena, 2010, 181 págs.

RESUMEN: *Studi senesi* publica en el presente fascículo parte del homenaje que se le ha dedicado al prestigioso romanista Remo Martini, en el Aula Magna de la Universidad de Siena el 27 de abril de 2010, con las intervenciones de Stefania Pietrini y de Emanuele Stolfi. Roberta Alonzi demuestra un conocimiento muy preciso de la bibliografía británica y francesa sobre el significado diplomático del contencioso de Fascioda en Egipto en 1898. Alberto Ferrara analiza la crisis financiera en Estados Unidos entre 2007 y 2009. Patricia Zambrana Moral y Riccardo Terziani publican dos comentarios interesantes e interesados de dos recientes libros.

PALABRAS CLAVE: Stefania Pietrini, Roberta Alonzi, Dario Guidi, Emanuele Stolfi, Alberto Ferrara, Patricia Zambrana Moral, Riccardo Terziani, Mario Ascheri, Antonio Ortega Carrillo de Albornoz, José Calvo González, Alejandro Rodríguez Carrión y

María José Casado Cañero, Derecho romano, Catedral de Siena y Universidad de Málaga.

Este número de *Studi senesi*, la prestigiosa revista de la Facultad de Derecho de la Universidad de Siena, nos oferta varios artículos y dos relevantes comentarios bibliográficos.

En primer término se publica el discurso leído el 27 de abril de 2010, en el Aula Magna de la Universidad de Siena por Stefania Pietrini en homenaje a Remo Martini, bajo el título “Remo Martini, professore emerito e la c. d. *Lex dignitatis* del 425”, pp. 7-11, relacionando el relieve del docente con las Constituciones de Teodosio II sobre el ejercicio de la docencia y el *officium professoris* en Roma y en Constantinopla del 425, recogidas en el Código Teodosiano. Completa el homenaje la más documentada *laudatio* de Emanuele Stolfi, bajo el título “Remo Martini professore emerito”, pp. 12-21, leída en el mismo día y en la misma sede. Las publicaciones de Martini son abundantes. Un interesantísimo artículo de Historia de las relaciones internacionales es el que publica Roberta Alonzi, que lleva por título “Fascioda e il rovesciamento delle alleanze”, pp. 22-64, contencioso que fue objeto incluso de comentarios en 1898 nada menos que por Winston Churchill. Por carecer de contenido iushistórico no nos preocupa tanto el artículo de Dario Guidi, “Problematiche strutturali e criteri di individuazione della soglia minima di punibilità nel delitto tentato”, pp. 65-139. Alberto Ferrara analiza la crisis financiera actual, a nivel de 2007 y 2008, con proyección en el primer semestre del 2009, en su colaboración titulada “Grande depressione e crisi finanziaria 2008: politiche monetarie de la FED”, pp. 140-173, y el comportamiento del Federal Reserve System. Ferrara hace comparaciones con la crisis de 1929, la Gran Depresión, calificándolo como «el acontecimiento económico más dramático del siglo XX» (p. 142), que duró hasta el año 1933 en buena parte del planeta. La crisis industrial y el aumento de la tasa de paro fueron muy elevados en el periodo que transcurrió entre 1929 y 1934. En EE.UU. casi la mitad de los bancos comerciales quebraron, y la tasa de paro en el gigante americano pasó del 3,2% en 1929 al 25% en 1933. No atribuye el autor la crisis del 1929 a la quiebra de Wall Street sino a la recesión que se venía arrastrando desde 1927 (pp. 143-144). El crecimiento de la tasa de paro entre 2006 y 2009 ha sido muy notable en EE.UU., como la caída de la producción industrial a partir de enero de 2008. Ya fuera del marco analizado en este estudio, en febrero de 2012 la situación en algunos países de Europa es harto más preocupante de lo que lo era en 2008.

Patricia Zambrana Moral comenta en pp. 177-179 el libro *In Theatro Librorum. Fondo antiguo de la Biblioteca de la Facultad de Derecho*, publicado por la Universidad de Málaga, del que ya se hizo eco María del Carmen Amaya Galván en lengua inglesa en esta misma sede de la *Revista europea de Historia de las ideas políticas y de las instituciones públicas*, n.º 1 (marzo 2011), pp. 267-270. Ahora lo hace Zambrana en *Studi senesi*, con un estilo no tan sobrio como el de Amaya, con una cierta poesía, a veces exagerada sobre la labor llevada a cabo por el coordinador José Calvo González, por el Decano de la Facultad Alejandro Rodríguez Carrión, cuyo tránsito ha dejado sumida a la Facultad de Derecho de Málaga en una crisis de la que tardará en recuperarse, por Antonio Ortega Carrillo de Albornoz y por María José Casado Cañero. P. Zambrana habla de “sentimento condiviso”, de que, según el desaparecido y continuamente recordado Decano “la storia è il fondamento basilare del nostro futuro scientifico”, de la “confortabile stanza” que lleva el nombre del catedrático de Derecho romano Ortega Carrillo de Albornoz “che ospita” los libros

que “meritavano riposo in un luogo privilegiato”, y concluye resaltando la labor de la “coraggiosa direttrice della Biblioteca” y de su “Relatio accuratissima” y de que prácticamente “tutti siano coordinati dal Calvo González”, al que en otro lugar Zambrana califica como “il bravissimo Ordinario di Filosofia del diritto”. La autora de la recensión no hace ningún comentario crítico a la edición, lo que me parece lógico pues está ocupándose de un libro sobre la propia historia de su Facultad, pero todos estos elogios que allí se vierten son desproporcionados y el número de “raffinatezze” se nos antoja como excesivo, pues a veces, si lo lee un castellano parlante recuerda una jerga propia de “recchioni” de la Campania. Riccardo Terziani con un estilo, tanto o más parecido al de P. Zambrana, comenta en pp. 180-182 la publicación de las Actas de un Congreso celebrado en Siena, sobre *Nei giardini di Thoth. Cultura ermetica e arti magiche a Siena nel Rinascimento*, que ha sido coordinado por Vinicio Serino y por el catedrático de Historia de las instituciones medievales Mario Ascheri. Con solo recoger la última línea de lo que dice Terziani basta para hacerse una idea: «Si spalancano, in questo modo, le porte dell’invisibile» (p. 182). [Recibido el 28 de febrero de 2012].

Manuel J. Peláez

Studi senesi, Facoltà di Giurisprudenza, Università degli studi di Siena, CXXIII, III.^a Serie, LX, fasc. 1 (2011), 194 págs.

RESUMEN: Nueva entrega de la prestigiosa revista publicada por la Facultad de Jurisprudencia de la Universidad de Siena, *Studi senesi*, donde se recogen tres notables estudios, uno de ellos de Derecho procesal penal en Siena en la primera mitad del siglo XV, donde se observa la presencia de estudiantes alemanes, y otro sobre el feudo eclesiástico analizándolo en su marco histórico y en el *Decretum* de Graciano. Se completa la información con la publicación de un documento del Archivo Secreto Vaticano, correspondiente a la Nunciatura de Lisboa, que informa sobre un interdicto de 1602 de Decio Carafa para la ciudad de Lisboa, relacionado con un conflicto de jurisdicción entre la real y la de la Iglesia.

PALABRAS CLAVE: Paolo Nardi, Tobias Daniels, Fausto Giunta, Maura Mordini, Fabio Vecchi, Floriano Colao, Alarico Barbaglia, Feudo eclesiástico, Siena, Lisboa y Graciano.

Una revista europea de gran interés para la Historia del Derecho italiano y europeo y para el Derecho romano es sin duda *Studi senesi*, que dirige Paolo Nardi, y de cuyo consejo de redacción forman también parte Roberto Guerrini, Maria Luisa Padelletti, Andrea Pisanechi y Eva Rook. En el presente número hay cuatro extensas colaboraciones y dos recensiones críticas, una de ellas muy notable. El contenido del presente fascículo es el siguiente: Tobias Daniels, “Un processo penale e la presenza dei tedeschi a Siena nella prima metà del Quattrocento”, pp. 7-35; Fausto Giunta, “Luci e ombre sulle prospettive di riforma dell’esame incrociato”, pp. 36-51; Maura Mordini, “Aspetti della disciplina del feudo ecclesiastico nei secoli XII e XIII, Parte II, Graziano e l’apparato ordinario al *Decretum*”, pp. 51-157 y Fabio Vecchi, “Rilievi storico-giuridici sull’interdetto lanciato da Monsignor Colletore Decio Carafa sulla città di Lisbona nel 1602. Acceni ad una geografia amministrativa del

potere giurisdicente”, pp. 158-186. Además hay dos recensiones, no *pro forma*, de Alarico Barbagli (pp. 186-187), sobre el libro de Daniela Tarantino, *La “fides instrumentorum”. Per una storia del valore probatorio dei documenti nei processi civile e canonico del tardo diritto comune ai codici*, Roma, 2010 y de Floriana Colao de la monografía de Carlotta Latini, *Cittadini e nemici. Giustizia militare e giustizia penale in Italia tra Otto e Novecento*, Florencia, 2010.

Resalta Daniels el relieve que en el siglo XV tiene la presencia de los estudiantes alemanes de Derecho civil y de Derecho canónico en diversas universidades italianas, principalmente la de Bolonia, pero también en las de Pisa, Padua, Florencia, Turín y Siena. El artículo, muy bien elaborado en términos de presentación general, se detiene luego en un proceso, con participación alemana, celebrado ante el Podestà de Siena entre el 22 de febrero y el 23 de marzo de 1434. Daniels transcribe y publica las actas en pp. 25-35. La colaboración de Fausto Giunta carece de interés iushistórico, por lo cual la dejamos al margen de nuestro comentario realizado en una revista de historia de las instituciones jurídicas, fundamentalmente políticas. Sin embargo, la contribución de Maura Mordini es un auténtico *capolavoro*, del que en la presente circunstancia nos permitimos reseñar que ofrece un muy documentado *status quaestionis* de las investigaciones sobre la *Concordia discordantium canonum* de Graciano, descendiendo incluso a las semblanzas del camaldulense publicadas tanto en el *Dizionario Biografico degli Italiani*, como a la que se recoge en *Juristas Universales*. Es bueno que la autora se haga eco de las ideas de E. Cortese (*altissimo livello* en el estudio del derecho común), de S. Kuttner, de K. Pennington, de D. Quaglioni, de P. Nardi, de A. Winroth, de R. Weigand, de G. Giordanengo, de O. Condorelli (finísimo estudioso y lleno de sutilezas), de J. M. Viejo-Ximénez, de P. Landau, de H. Mordek, pero por favor absténgase de citar a Manlio Bellomo (es la escisión inmanente entre *ordo iuridicus* y verdadero pensamiento científico, el antiparadigma, el estar cayendo en la psicagogía ajurídica) y su *Rivista internazionale di diritto comune*, donde no hace más que comentar los trabajos publicados en esa misma sede por Emma Montanos Ferrín, con grandes elogios, impropios después de todo lo que se ha publicado en los últimos años sobre la obra de Emma Montanos Ferrín y sus relaciones con Alfonso Otero Varela, la utilización que ha hecho Montanos de lo escrito por el propio Otero, por Francesco Calasso, por Rodríguez Mourullo y por Celestino Pardo. H. Mordek y C. H. F. Meyer sí, Manlio Bellomo no. La autora, Mordini, recoge las reflexiones e interpretaciones que se han dado del feudo eclesiástico en el *Decretum*, con una elegancia fuera de lo común y con una profundidad que sitúan a Mordini, con las dos partes de este solo trabajo, muy por encima de todas las cultivadoras del *ius commune* que hay en las Universidades gallegas. Sólo basta leer lo escrito por Maura Mordini y M. G. di Renzo Villata y compararlo con lo que puede leerse en Catania publicado por Emma Montanos Ferrín.

El documento que publica Fabio Vecchi está sacado del Archivo Secreto Vaticano y lleva por título bien expresivo de su contenido *Relatione dell’Interdetto che si posse nella Cattedrale et altre Chiese di Lisbona per le cause che in essa si narrano in agosto 1602, che durò fino a la quaresima del 1603*. El autor demuestra un conocimiento en detalle de la historiografía jurídica portuguesa y señala los abusos constantes de la jurisdicción real en asuntos eclesiásticos. [Recibido el 27 de febrero de 2012].

Miriam Seghiri

Jean Touchard, *Histoire des idées politiques*, tomo 2, *Du XVIII^e siècle à nos jours*, Presses Universitaires de France, Paris, 2007, págs. 383-870.

RESUMEN: En septiembre de 2007 apareció la última versión de que tenemos noticia del segundo tomo de la conocida historia de las ideas políticas dirigida por Jean Touchard. En este tomo se arranca de principios del siglo XVIII con el liberalismo aristocrático francés y se concluye en el capítulo XVII con el marxismo leninismo entre 1917 y 1957, el socialismo no leninista, el fascismo italiano, el nacional-socialismo alemán, el fascismo como poesía del grupo, de la disciplina, del orden, de la juventud, del cuerpo y de la acción, para pasar luego al corporativismo, al racismo, al franquismo español, a la dictadura paternalista de António de Oliveira Salazar (1889-1970), a la crisis del liberalismo, al neotradicionalismo, al neoconservadurismo, a la democracia cristiana y al nuevo nacionalismo. No podemos ocuparnos del amplísimo abanico de ideas y de doctrinas políticas de tres siglos que abordan Touchard y su colaborador en este segundo tomo Georges Lavau, por lo que vamos a remitirnos a hacer una serie de reflexiones críticas en torno a algunas de las filosofías políticas, preferentemente burguesas, de las que se hacen eco. Nos hubiera encantado poder extender nuestras consideraciones al marxismo y al anarquismo, pero nuestro comentario, sólo con reducirlo a ese jurista universal (conforme al criterio de Rafael Domingo) que fue Pierre Joseph Proudhon (1809-1865)¹ ya hubiera necesitado de una atención mínima de miles de caracteres impresos.

PALABRAS CLAVE: Jean Touchard, Historia de las ideas políticas, Marxismo, Pierre Joseph Proudhon, Totalitarismo, Dictaduras.

Al analizar las fuentes filosóficas de la Revolución Francesa, Touchard revela una especial discrasia entre el plano del discurso ideológico y aquél de las realizaciones prácticas, que llegaron a sobreponerse y a estratificarse en el periodo comprendido entre 1789 y 1799. Touchard tiende en particular a redimensionar la importancia atribuida a pensadores tenidos en cuenta como clásicos del discurso revolucionario, obedeciendo a una cierta propensión de la historiografía contemporánea a considerar como “representativas” del momento revolucionario sólo las teorías y las propuestas que encontraron un puntual reflejo en los textos legislativos. El tratado de Touchard se manifiesta partidario de una aproximación historiográfica más amplia, que podríamos calificar de iuspolítica y no sólo jurídica, que considera el plano de la historia de las ideas, pero también el de las fuerzas socio-económicas que condicionaron la recepción y la eventual actuación, como fundamental y fundante de la experiencia revolucionaria: el único capaz de proporcionar a aquellos

¹ Nos ahorramos, con esta nota, hacer recensión de la reciente edición que recoge las Actas del Congreso celebrado el 7 de mayo de 2009 por parte del Centre de Recherches Hannah Arendt, bajo el título *Pierre Joseph Proudhon. L'ordre dans l'anarchie*, Institut Catholique d'Études Supérieures, Éditions Cujas, Paris, 2009, 171 pp. Las colaboraciones publicadas son las siguientes: Armel Pécheul, *Introduction générale*, págs. 5-7; Guillaume Bernard, *Proudhon et la justice*, pp. 9-27; Bernard Burgeois, *Proudhon et la dialectique*, pp. 29-39; Anne-Sophie Chambost, *Proudhon et l'État: mise au point à travers une polémique*, pp. 41-54; Sylvie Claveau, *Proudhon et l'autorité*, págs. 55-69; Guillaume de Thieulloy, *Proudhon et le mutuellisme*, pp. 71-85; Jean-Pierre Deschodt, *Proudhon et la révolution*, pp. 87-95; Yolène Dilas-Rocherieux, *Proudhon était-il socialiste?*, pp. 97-104; Pascal Gourgues, *Proudhon et la famille*, pp. 105-133; Christophe Réveillard, *Proudhon et le fédéralisme: l'origine française de la conception intégrale*, pp. 135-155 y Stamatios Tzitzis, *Proudhon et Jésus*, pp. 157-171.

acontecimientos políticos una comprensión histórica integral, en grado a su vez de justificar como textos y discursos de por sí representativos de un determinado modelo de sociedad (aquel liberal burgués), han en realidad condicionado y movilizado el compromiso político y civil de estratos sociales que a aquella ideología no se hubiesen necesariamente adherido.

Se puede decir que, más allá de la letra de la ley, subsiste un universo de creencias y de intereses que condicionaron el éxito de los textos revolucionarios (la ley, la constitución), proporcionándole valores y significados que superan el puro nivel del análisis lógico conceptual y persistirían en sedimentación e integración dentro de una tradición republicana abierta al futuro y refractaria al dogmatismo. Leyendo las páginas de la obra de Touchard y Lavau, la enseñanza que se puede extraer es que una historia de las ideas, sobre todo cuando estas ideas tratan de convertirse en normas jurídicas, por su esencia llamadas a tener una duración en el tiempo, no se puede reducir a una colección de conceptos, sino que ha de ubicar las dinámicas de superposición y de integración entre intereses y movimientos de opinión.

Deseando poner de relieve una primera consideración valorativa se puede decir que Touchard desarrolló la *pars destruens* de esta línea de investigación, criticando la unilateralidad y el dogmatismo de una determinada historiografía condicionada por el mito revolucionario. La *pars construens* se encuentra por el contrario muy directamente desarrollada por aquellos autores posteriores a Touchard, como Denis Richet y sus discípulos que estudiaron el espíritu de las instituciones políticas y que se preocuparon de encontrar un terreno intermedio en el que ni predominase la crítica unilateral ni la exaltación, sino más bien una comprensión de las dinámicas institucionales que permitieron la génesis del fenómeno revolucionario y su propagación en la historia europea. En su conjunto, la obra de Touchard parece más bien inserirse en aquel filón de los estudios históricos, con frecuencia habitual en la Francia posterior a la Segunda guerra mundial, con la escuela de los *Annales*, que resalta la importancia de las dinámicas de periodos largos sobre las rupturas políticas de corta duración, los entrelazamientos entre intereses y mediaciones culturales, por encima de las rígidas contraposiciones entre ideas y valores, por un lado, e intereses y luchas de clases por otro.

Touchard resalta el carácter al mismo tiempo acrítico e ideológico de una determinada orientación de la historia política inaugurada durante la Revolución por Emmanuel Joseph Sieyès (1748-1836) y su panfleto sobre *Qu'est-ce le Tiers État?*, para quien tienen carácter de básicos y fundamentales solamente los discursos que giran en torno al concepto de "soberanía de la nación". Esta expresión tiende, en efecto, a polarizar la atención sobre la Revolución como fractura histórica, pero paradójicamente la encuadra dentro de una fórmula en la cual aparecen una sistematicidad y univocidad absolutas. De este modo se tiende a equiparar el fenómeno revolucionario, de la "nación soberana", a aquel otro conservador de la "soberanía del Estado", entendido todavía como monárquico y centralizador.

Touchard, aun reconociendo en el abate Sieyès, una figura central de la Revolución de 1789, pone de relieve cómo su pensamiento a propósito del Estado y de la nación ha contribuido a cristalizar una teoría jurídico-constitucional que no es capaz de dar cuenta de la capacidad de adaptación y de evolución, de la que emerge la idea de nación como aquella de los derechos individuales, que han ido asentándose en la cultura jurídica y política sucesiva. Son cuatro los aspectos de la teoría de Sieyès que Touchard considera de una forma merecedora de crítica:

1.º) El escaso interés por la evolución de las instituciones que alimentaron desde el interior del sistema a la Revolución, por el papel jugado por la nobleza de toga y espada en la orientación del proceso revolucionario. El autor hace notar que la burguesía revolucionaria toma partido de esquemas y modelos de acción política embebidos de la cultura aristocrática (en particular por Charles Louis de Secondat, Baron de la Brède et de Montesquieu). La fuerza de atracción de la cultura aristocrática estaba sensiblemente asentada en la sociedad francesa y en situación de traspasar los umbrales o barreras de estatus, en parte porque la burguesía no constituyó hasta finales del siglo XVIII, por lo menos en Francia, una clase social homogénea, fundada sobre la organización industrial de la producción.

2.º) El utilitarismo. El elemento de discriminación entre el Tercer Estado y los privilegiados, asimismo y además principio de unión de la Nación al Tercer Estado, resta un criterio de utilidad material, convertido no obstante, sin ninguna solución de continuidad o reflexión sobre las relaciones de fuerza realmente en juego, en una figura jurídica, aquella del poder constituyente.

3.º) Touchard revela como esta concepción de la nación está afectada de un profundo juridicismo. Juridicismo que, sin embargo, parece ser el reflejo de una cierta idealización de la sociedad y de sus condiciones de existencia y de reproducción, más que un propensión unida a una concreta consideración del papel de los aparatos judiciales y de la cultura jurídica, en general, al preparar la Revolución y gestionar la transición (piénsese en la tarea desarrollada por los Parlamentos). La noción de poder constituyente, deducida de una reflexión de naturaleza sociológica y protosociológica sobre la nación (más que intrínsecamente jurídica), se convirtió en el culto de las leyes, como expresión no de la capacidad de la nación de renovar sus cuadros organizativos, sino de su tendencia a permanecer en el estado y en las condiciones de 1789, idealizadas y tipificadas por Sieyès. La nación pasó a ser de constituyente en constituida; sólo la ley aprobada por el Parlamento puede representarla, sobre todo porque la noción de poder constituyente está fundada sobre una formalización jurídica y está destinada a permanecer en su pureza conceptual, no operativa (ver la ausencia de referéndum en el modelo de Sieyès).

4.º) A este modelo jurídico corresponde la representación de la nación como suma de los individuos atomizados, de la cual emergen tanto las diferenciaciones unidas a los movimientos de opinión como las organizaciones vinculadas a la satisfacción de intereses. Toda la atención aparece focalizada en la división entre el Tercer Estado y “los privilegiados”.

Al considerar el periodo central de la Revolución (1793-1795), Touchard se concentra sobre los vínculos de afinidad y de contraposición entre girondinos y jacobinos. Destaca sobre todo las relaciones de proximidad y las coincidencias entre las dos principales corrientes del radicalismo revolucionario, llegando absolutamente a sostener que entre los girondinos y los jacobinos las diferencias fueron sobre todo de estilo y de fachada y no afectaron al planteamiento de los objetivos y de las realizaciones políticas. En particular, Touchard se adentra en el examen del carácter del hombre revolucionario asociado al pensamiento y a la acción de algunos entre los principales exponentes jacobinos. Touchard describe en grandes líneas el tipo ideal del revolucionario y del radical *tout court*. Del valor reconocido a las virtudes individuales, más que a los mecanismos institucionales, al espiritualismo connatural a la religión del ser supremo, al patriotismo no racial sino cosmopolita, todos contribuyen a transmitirnos una representación poderosa del hombre revolucionario y transversal a la fractura entre girondinos y jacobinos. Ciertamente existen y se

mantienen algunas diferencias de fondo, en particular la propensión por el gobierno mixto y representativo de los girondinos contra la predilección por el gobierno directo de los jacobinos, o bien la inclinación de los girondinos hacia las autonomías provinciales y las tendencias centralizadoras de los jacobinos. Pero estos elementos más que a poner de relieve la separación entre girondinos y jacobinos deben servir para relanzar un análisis más amplio del radio de acción y de definición del radicalismo revolucionario en su conjunto.

Jean Touchard concluye el apartado con dos tipos de consideraciones:

1.^a) Por un lado, muestra la continuidad del radicalismo jacobino con los esquemas de 1789 y de Sieyès en particular: el mismo desinterés hacia las dinámicas económicas y los grupos sociales que lo animan, la teorización de una nación como suma uniforme de individuos. Ciertamente no se trata tanto de los individuos burgueses y productores de Sieyès, sino de los pequeños propietarios terratenientes, enemigos del lujo. Pero, más allá de las diferencias de vocabulario, permanece la misma impermeabilidad hacia una consideración atenta y profunda de los mecanismos de producción. El mismo rechazo al lujo y la abundancia comporta una inclinación hacia un modelo de virtudes cívicas, *à l'ancienne*, que resulta fácilmente localizable, bien que sea referido a una elite parlamentaria, en los discursos termidorianos, algunos de los cuales eran hombres de 1789.

2.^a) No sólo continuidad y proximidad entre jacobinos y girondinos, sino proximidad de toda la marea revolucionaria en torno a un modelo radical de política que pasa por el gobierno de la elite contrapuesta al del pueblo y de sus instancias representativas (asociaciones y cuerpos intermedios). Sobre la estela de esta representación, Touchard sitúa algunas cuestiones fundamentales, la más importante de las cuales es indudablemente la relativa a los mecanismos de integración de las elites burguesas y del proletariado dentro de una corriente radical relativamente unitaria y destinada a constituirse como un verdadero y propio partido al comienzo del siglo XX. La respuesta del autor incide en el desarrollo de una escuela pública, precozmente organizada y ligada a un cierto ideal de servicio del Estado (y en el Estado), como mecanismo unificador de la política radical a la vez que como proceso de transculturización que sirviera para dar paso a la República. El tono del autor al describir este proceso, resulta indudablemente crítico, como dirigido a querer denunciar la falsificación ideológica de un pensamiento carente de una identidad profunda y construido sobre la pedantería y la transculturización escolástica.

Nos parece, sin embargo y pese a todo, posible desarrollar una contracrítica o contraconsideración en defensa del modelo francés: aquél supo precisamente substraerse a las contraposiciones ideológicas entre derecha e izquierda que han constituido la esencia, no siempre con resultados favorables, en aquellos países privados de una cultura “republicana” del Estado.

Una parte de las observaciones hasta ahora desarrolladas puede volver a ser propuesta a propósito tanto de los termidorianos como del babouvismo. De los primeros ya acabamos de señalar algunas ideas. Touchard se centra en afirmar que los termidorianos utilizaron los principios de 1789 para consolidar un modelo de política liberal y conservadora al mismo tiempo, obligando al silencio político a los no propietarios. Del movimiento termidoriano no se conocen algunos aspectos, como una cierta insistencia en algunas virtudes cívicas y el esfuerzo directo de una elite ilustrada que resultó ser admirada por los jacobinos y que puede vislumbrarse en el corazón de diversos intentos de entender el liberalismo en clave de

“republicanismo”, de un liberalismo teñido de conservadurismo y con frecuencia de autoritarismo, que se desarrolló en la Francia revolucionaria y posrevolucionaria.

Por lo que se refiere a François Babeuf (1760-1797) y a sus seguidores, el autor resalta una serie de consideraciones fundamentales que se pueden resumir en tres puntos:

1.º) La idea de que solamente una revolución social puede completar la revolución política y que la primera no se resuelve con la afirmación de un igualitarismo jurídico, y mucho menos con una equitativa separación de bienes, sino en una verdadera y propia comunidad de bienes. El babouvismo representa así, en la historia de las ideas políticas, uno de los primeros testimonios serios (después de Platón) de los principios del comunismo, o sea de la abolición de la propiedad privada.

2.º) La hostilidad manifestada hacia la democracia entendida tanto en clave directa como representativa. Algunas de las ideas de Babeuf retoman y amplían determinadas tendencias de la doctrina política precedente: tendencias dirigidas hacia la centralización y el gobierno de la elite.

3.º) Un escaso interés hacia los mecanismos de la producción y de la organización del trabajo que deberían hacer posible y gestionable el comunismo de la propiedad y la puesta en práctica de una igualdad real entre los individuos. El babouvismo pone de manifiesto un cierto carácter abstracto. Por lo demás, según Touchard, no se trataría de una ideología arraigada en las masas (como el movimiento popular y proletario de los *enragés*, furiosos o violentos), sino la expresión de “profesionales de la conspiración” de extracción social burguesa.

En los capítulos que Jean Touchard dedica al siglo XIX, la atención preferencial se presta al liberalismo, el tradicionalismo y el imperialismo. De las tres ideologías indicadas, las más relevantes e interesantes de cara a una reflexión crítica dirigida al mundo francés está claro que son las dos primeras. En efecto, el imperialismo es considerado por Touchard como un fenómeno referido al mundo anglosajón, británico y estadounidense, sobre todo por la tendencia de estos Estados a expandirse no tanto según el mecanismo tradicional de la conquista territorial, sino a través de las compañías comerciales e industriales, que de una forma progresiva con el transcurso del tiempo aparecen identificadas con intereses y prerrogativas de tipo político.

El mundo francés, por el contrario, atravesó por una versión del todo particular de exaltación de los intereses nacionales: el nacionalismo de finales de siglo que insiste no tanto sobre la importancia de las conquistas coloniales —estas últimas habían sido eficazmente llevadas a cabo por los republicanos—, sino sobre la reconquista de los territorios “metropolitanos” perdidos en su guerra con la Prusia de Bismarck en 1870.

Tres objetivos teóricos nos marcamos a la luz de lo expuesto por Touchard, en lo que se refiere al contexto francés: liberalismo, tradicionalismo y nacionalismo.

Limitando pues nuestras consideraciones al ámbito francés, observamos desde un primer momento que el tratamiento de las corrientes de pensamiento político viene precedido de un extenso y enjundioso apartado dedicado a Auguste Comte (1798-1857) y al positivismo comtiano. ¿A qué obedece esta aparente divagación? La razón se descubre adentrándose en la lectura del capítulo. Comte y el pensamiento comtiano se sitúan más allá de la línea que separa el liberalismo del tradicionalismo y, por lo que se refiere a las categorías de un pensamiento político, da la impresión de que las supera por encima o dejándolas a un lado. Para Touchard, el comtismo es algo completamente distinto de una doctrina política: la premisa teórica desde la que se mueve Comte no es la clásica cuestión de si debe prevalecer el Estado o el individuo en la construcción del equilibrio político. El

pensamiento de Comte desconoce el concepto de derecho individual, pero también el de la soberanía del Estado. Su substrato temático es la sociedad entendida como núcleo espiritual, autónomo, dotado de una propia elite dirigente entre aquellos que conocen y practican la ciencia de la sociedad y de sus equilibrios. En este sentido, son particularmente sugestivas las imágenes empleadas por Touchard para describir el espíritu del comtismo, por otro lado totalmente particular e incomprensible según las categorías tradicionales de la filosofía política. Un catolicismo sin cristianismo, una síntesis de tecnocracia y espiritualismo, un sistema completo de despotismo espiritual y temporal.

Alguna de estas tendencias e instituciones sin duda ha penetrado, según Touchard, en la sociedad francesa, como de hecho ocurriría durante el Segundo Imperio. Sin embargo, la transposición no es simple y lineal. De un lado, es necesario distinguir con esmero y exactitud entre comtismo –teniendo también en cuenta sus aspectos religiosos, de religión de la humanidad– y espiritualismo, propiamente dicho, el de Victor Cousin (1792-1867), por ejemplo. Por otro lado, el comtismo desprovisto de sus aspectos religiosos se confunde con un positivismo científico y científicista que constituirá, según Touchard, el credo común tanto de los partidarios del Imperio como de sus detractores.

Contrariamente a una tendencia introducida en la más reciente historiografía política, dirigida a aislar una corriente republicana distinta del liberalismo propiamente dicho, la línea historiográfica de Touchard tiende sin embargo a considerar el republicanismo francés como una variante del liberalismo no unívocamente oponible al liberalismo *tout court*. Las razones de esta elección interpretativa se aclaran aún más a lo largo de las páginas del capítulo.

Existe indudablemente para Touchard un liberalismo sin otros calificativos: un liberalismo que se ocupa no tanto de la forma política (republicana o monárquica) que debe ponerse en práctica, como de los objetivos que por su conducto se pueden y se deben tomar en consideración, en particular un equilibrado compromiso entre estabilidad y libertad. A la luz de estos objetivos, la monarquía es indudablemente preferible para llevarlos a cabo, pero ésta no constituye para estos liberales un fin en sí mismo, un valor a tener en cuenta como para los monárquicos propiamente dichos (legitimistas o partidarios de la casa de Orange). La monarquía es sólo un trámite, un instrumento de realización de un ideal de Estado salido de la Revolución del 1789 y es solo en la medida en que la monarquía se dispone a servir tal ideal que se encuentra justificado y resulta preferible respecto a la República.

El liberalismo de Lucien Anatole Prévost-Paradol (1829-1870) es un óptimo ejemplo de esta tendencia del liberalismo de la primera mitad del siglo XIX. En aquel se entrecruzan temáticas que revelan el conocimiento de la naturaleza del compromiso entre el Estado y el individuo: por un lado, una política proteccionista y dirigista en el ámbito económico, que no se permite ningún tipo de concesiones al principio del *laissez faire*, pero de otro ninguna apertura hacia los principios del Estado social, que una intromisión del Estado en la esfera económica permitiría presuponer. En otras palabras, los principios y términos metodológicos de esta corriente liberal parecen ser, según Jean Touchard, los del mantenimiento y de la protección de las posiciones conquistadas, bajo la bandera de un liberalismo que se orienta cada vez más hacia el conservadurismo y no tiene en cuenta propuestas político sociales, sino sólo económicas, de conservación de los intereses de las clases superiores y medias.

Dentro del capítulo dedicado al liberalismo, se presta atención al liberalismo republicano. Éste profundizaría en la vertiente de la política descuidada por los

liberales, confiriendo a la República un valor no solamente instrumental sino esencial para la realización de un programa de promoción de la igualdad social. Realmente sólo la erradicación de toda forma residual de continuidad hereditaria puede permitir alcanzar una verdadera y propia toma en cuenta del problema de la igualdad. Touchard, sin embargo, no se muestra indulgente respecto al liberalismo republicano. De hecho, si se trata todavía del liberalismo, es porque su política social no se alejaría en sustancia, más allá del valor ideal atribuido a la República como forma política, en los términos del compromiso liberal, en torno a la continuidad y a la estabilidad del Estado. La idea del Estado, subyacente en los diversos programas políticos, parece ser la clave de vuelta de la vida política francesa: dúctil y flexible en sus definiciones, a la vez que espejo de una voluntad soberana de realización que, en su consideración de puro dato formal, parece poder contener todas las opciones empíricas. Por estas razones, Touchard habla del liberalismo republicano en términos de “forma republicana del orleanismo”, y más adelante, refiriéndose al radicalismo, considerándolo una ulterior etapa del compromiso por el Estado, “de liberalismo organizado y monopolizado”.

Ciertamente Touchard no desconoce el hecho histórico de la fundación de un Partido radical, con una propia identidad institucional, en 1910, pero su valoración es, sin embargo, rigurosa. De hecho, todos los puntos del radicalismo se encontraban ya anticipados en el programa republicano de Belleville (1869) a iniciativa de Léon Michel Gambetta (1838-1882), y esta filiación es una muestra del tradicionalismo en que Touchard inscribe cada filosofía del Estado, liberal o republicana, y también radical-republicana.

Un punto de notable interés es sin duda el hecho de que fue la escuela, organizada como institución pública, la llamada a llevar a cabo la mediación y el paso del liberalismo al radicalismo. ¿Qué valores y enseñanzas proponía la escuela, para presentarla como vehículo de la transición? Esta temática aparece dirigida directamente al corazón de la filosofía del Estado republicano, por usar una expresión ajena al libro dirigido por Touchard; ésta ha sido la que ha permitido la mediación y el compromiso de la Tercera República y además cuenta con raíces que entroncan directamente con el pensamiento de los primeros revolucionarios.

Diversos aspectos subrayados por Touchard alimentan esta convicción como si se tratase de una línea de fondo que viene seguida constantemente con algunas variaciones que sirven de contrapunto al tema de fondo. De estos aspectos, nos limitamos a introducir aquel que parece ser el más fundamental. Desde el plano económico y social, el radicalismo, sobre todo el de Combes, se caracteriza por un cierto empirismo, cambiado por el racionalismo de Marie Jean Antoine Nicolas de Caritat, el Marqués de Condorcet (1743-1794) y de los girondinos, que induce a tomar en consideración los intereses consolidados y ya difundidos en Francia: aquellos de la pequeña y mediana propiedad, sobre todo agrícola y provincial. A este análisis, se puede añadir que el componente jacobino, representado por Georges Clemenceau (1841-1929)², aparece fácilmente reabsorbido y comprendido en el paradigma dominante, porque constituye casi siempre una forma de tradicionalismo, aunque de signo diverso: centralizador y autoritario, antes que racionalista y dirigido hacia las realidades locales. Pero, desde la óptica de Touchard, el espíritu empírico que gobierna la actitud radical en su conjunto, la hace girar hacia el

² De obligada consulta resulta el reciente volumen Georges Clemenceau, *Correspondance (1858-1929)*, edición anotada por Sylvie Brodziak y Jean-Noël Jeanneney, Édit. Robert Laffont, Bibliothèque Nationale de France, Paris, 2008, 1.101 pp.

conservadurismo, en el sentido de la conservación y del reconocimiento de lo existente, que permitiría similares coexistencias y presencias compartidas en el programa radical. El radicalismo –concluye Touchard– es algo de naturaleza inferior a una filosofía o a una doctrina sobre el Estado, es ante todo un estado del espíritu.

El tradicionalismo propiamente dicho –aquel de Joseph Marie de Maistre (1753-1821) o de Louis de Bonald (1754-1840)³– tiende a perder su vigor polémico y de conquista de los intelectuales, paso a paso que la Tercera República se consolida y se va institucionalizando. Se desarrolla, entonces, dentro de la corriente del conservadurismo, una forma renovada del tradicionalismo, que se preocupa de entrelazar los motivos característicos de este último con las conquistas políticas e intelectuales del republicanismo. Se habla en esa oportunidad de un neotradicionalismo distinto del tradicionalismo clásico, de impronta católica, pero que también manifiesta las huellas y el sello del nacionalismo.

Refiriéndonos al ámbito del pensamiento católico, entendiendo que dentro del mismo estaría ubicado el tradicionalismo clásico, Touchard distingue dos corrientes:

1.^a) Una corriente decididamente antiliberal y antidemocrática, con trasfondo paternalista y atenta a los fenómenos sociales. El exponente principal de esta corriente es Frédéric Le Play (1806-1882), representante de un “comtismo católico”.

2.^a) La segunda orientación es democrática, sensible al desarrollo y puesta en práctica de los derechos individuales y sociales, presentada por los intelectuales próximos al movimiento del “Sillon”, fundado por Marc Sangnier, junto a la revista del mismo nombre que había puesto en marcha años antes, en 1894, Paul Renaudin. Esta corriente, particularmente abierta a la modernidad, sería condenada en el seno del catolicismo por una carta de Pío X dirigida al episcopado francés el 29 de agosto de 1910, sufriendo consecuentemente un golpe terrible en cuanto a su capacidad de agregar nuevos elementos y de consolidar el programa de un catolicismo democrático.

Estas carencias o insuficiencias en cuanto a la capacidad de adaptar el pensamiento tradicionalista a una nueva época, serán hábilmente colmadas por el susodicho neotradicionalismo. Los exponentes de esta corriente –Taine y Renan– no pueden ser considerados dentro de un movimiento único, ya que tienen un pensamiento personal y original; no obstante, coinciden en la voluntad de integrar motivos hasta ese momento ajenos al pensamiento tradicionalista y, en ciertos casos, revisar los presupuestos antinacionalistas y antipositivistas de algunos sectores del catolicismo.

Sobre el pensamiento de Hippolyte Taine (1828-1893), Touchard pone de relieve la tendencia a una cierta revalorización del Antiguo Régimen, pero no en el espíritu democrático de Alexis Charles Henri Clérel de Tocqueville (1805-1859), sino en el del positivismo, con su exaltación de los valores de la educación y de la ciencia transmitida y “administrada” por una elite competente y organizada en asociaciones. Autor del tratado que lleva por título *Les origines de la France contemporaine* (1875-1893) Taine viene descrito como un hombre unido a la República, pero no como un católico: el componente religioso es sustituido por la fe en la ciencia como motor del progreso de la humanidad.

Ernest Renan (1823-1892) viene recordado por Touchard por ser el autor de numerosos ensayos en los cuales pone de relieve una severa crítica de la

³ Ver dos obras suyas sumamente importantes: *Théorie du pouvoir politique et religieux*, Paris, 1797 y *Législation primitive, considérée dans les derniers temps par les seules lumières de la raison*, Paris, 1802.

democracia, a la luz de la experiencia histórica francesa. En esta dirección se indican obras suyas fundamentales como *L'avenir de la science* (1890), *La réforme intellectuelle et morale de la France* (1871) y *Qu'est-ce qu'une nation* (1882). En esta última obra, Renan defiende una concepción voluntarista y al mismo tiempo espiritualista de la nación, desarrollando el concepto de "voluntad de vivir juntos". Por su parte, Renan trata de llevar a cabo una síntesis de las aspiraciones de la burguesía dirigidas a conseguir un gobierno fundado sobre la libertad y el consenso y, al mismo tiempo, atajar los peligros que se dan en el concepto de voluntad general.

Respecto al nacionalismo son dos los autores que Touchard adscribe a esta corriente: Barrès y Maurras. Mientras que para el tradicionalismo y el liberalismo, los análisis de Touchard diseñan las líneas de fondo y de las tendencias, para describir la esencia y los contenidos del nacionalismo, Touchard trata de centrarse en las obras y en el pensamiento de estas dos figuras.

Maurice Barrès (1862-1923) es portavoz de un nacionalismo que está pertrechado de contenidos románticos y de referencias a la historia política francesa: la descentralización, la autonomía de las comunidades locales, el revanchismo contra Alemania y la derrota de 1870, pero también con un renovado antisemitismo y un conservadurismo receloso respecto al gobierno popular. Una sensibilidad próxima a los valores del Antiguo Régimen, pero llena de esquemas y de planteamientos positivistas, se encuentra en *Le Roman de l'énergie nationale* (trilogía, 1897-1902), donde Barrès exalta la continuidad hereditaria de títulos, profesiones y propiedades, como la garantía más segura del desarrollo y del enriquecimiento del bienestar nacional.

El nacionalismo de Charles Maurras (1862-1952) es sensiblemente diferente del de Barrès. El romanticismo es substituido por el cientificismo, hasta el punto de que la monarquía es presentada como la mejor forma de gobierno desde una óptica biológica, como la única garantía de la continuidad y de la estabilidad del Estado asegurada por el vínculo hereditario. La monarquía teorizada por Maurras entrelaza todos los motivos de fondo y las tensiones del Antiguo Régimen: la monarquía era resueltamente antiparlamentaria pero al mismo tiempo corporativa y descentralizada. Se puede decir, partiendo de estos presupuestos, que el nacionalismo de Barrès es integral y no deja espacio a un conservadurismo moderado, más en sintonía con el tradicionalismo de que se hacen portavoces otros pensadores, casi siempre en el horizonte de la derecha de los denominados *ralliés* a la República. Al contrario, como inspirador del movimiento de la Acción Francesa, Maurras contribuirá a separar una buena parte de la derecha francesa de la República y de los términos de su compromiso empírico.

Pensamos que con estas reflexiones y consideraciones críticas en torno a este tratado clásico dirigido por Jean Touchard podemos dar por cerrada esta recensión sobre la obra más importante y reconocida internacionalmente de quien fuera profesor del Instituto de Estudios Políticos de París y secretario general de la Fundación Nacional francesa de Ciencias Políticas. [Recibida el 13 de enero de 2012].

Caterina Gabrielli
Manuel J. Peláez

Stamatios Tzitzis, *Droit et valeur humaine. L'autre dans la philosophie du droit, de la Grèce antique à l'époque moderne*, Buenos Books International, 1.^a ed., Paris, 2010, 103 págs.

RESUMEN: En pocas páginas, Stamatios Tzitzis, Director de Investigación del CNRS (Centre national de la recherche scientifique), profesor asociado en la Université Laurentienne (Canadá) y también Director del Instituto de Criminología de la Université Panthéon-Assas (Paris II), efectúa una comparación entre el humanismo antiguo y el humanismo moderno señalando las principales diferencias entre ambos. Nos presenta la evolución del "otro" en la Filosofía del Derecho desde la Grecia antigua a la época moderna. Para el humanismo helénico, basado en la desigualdad, el "otro" era el bárbaro, el que se dedicaba a la violencia en lugar de practicar la virtud. El humanismo moderno y posmoderno se funda en la igualdad y cualquier persona posee el mismo valor ontológico como valor inherente al hombre en cuanto tal. En la Grecia clásica, la polis sería el centro de la vida política y el ciudadano era el hombre libre de la ciudad capaz de participar en el gobierno, a diferencia del esclavo que carecía de derechos políticos. La igualdad solo se predicaba de los hombres libres. La cualidad fundamental del ciudadano griego era la *politiké areté* que identificaba al hombre con la ciudad. El humanismo posmoderno lleva al ciudadano a reivindicar su estatus de persona en la universalidad de sus derechos y a configurar su humanidad en el respeto al otro sin discriminación alguna mientras que el ciudadano griego en la época clásica se podría considerar tributario de la cultura de la distinción. Tzitzis analiza el tránsito del "valor del otro", del que hablaban los filósofos de antaño, al "otro como Valor" propio del humanismo posmoderno. El humanismo antiguo distingue entre "el otro" griego y "el otro" bárbaro a diferencia del posmoderno que se abriría a cualquier "otro" por los lazos de la amistad. Se efectúa un repaso del epicureísmo y del estoicismo, sin obviar el cosmopolitismo romano hasta llegar al humanismo renacentista que se inicia a partir del descubrimiento de las obras de los pensadores greco-latinos. Será la Declaración de los Derechos humanos de 1948 la que consolida con carácter absoluto el valor de la dignidad humana como principio inherente a la naturaleza del hombre.

PALABRAS CLAVE: Humanismo, Derecho, Filosofía del Derecho, Grecia clásica, Igualdad, Derechos humanos.

Dos capítulos componen este escueto trabajo, pero no por ello menos valioso, del Director de Investigación del CNRS (Centre national de la recherche scientifique), profesor asociado en la Université Laurentienne (Canadá) y también Director del Instituto de Criminología de la Université Panthéon-Assas (Paris II), Stamatios Tzitzis. En una breve introducción expone con claridad y desde el principio su objetivo: confrontar el humanismo antiguo con el humanismo moderno. Resulta llamativo como, en apenas tres páginas, es capaz de extraer las principales diferencias entre ambos. El primero, en oposición al segundo, se esforzaba en escuchar la voz de la naturaleza desembocando en un humanismo antipersonalista que elogiaba a Dios y a todo lo que existe eternamente, con independencia de la voluntad del hombre, respetando siempre la armonía natural que sería aplicable a todas las manifestaciones de la vida individual y social. Es el humanismo de la distinción que no de la discriminación. Para este humanismo, el "otro" era el que no poseía la cultura del justo, el bárbaro, el que se dedicaba a la violencia en lugar de

practicar la virtud. Esta cultura tendría una dimensión ética y jurídica que permitiría transformar una vida de anarquía y fealdad (síntomas de injusticia) en una vida de equilibrio y belleza como pilares de la justicia y del derecho. Al contrario del humanismo moderno y posmoderno, el helénico se fundaba en la desigualdad y en las diferencias. El de hoy en día se basa en la igualdad y cualquier persona, cualquier vida humana, posee el mismo valor ontológico como valor inherente al hombre en cuanto tal. El humanismo teológico que buscaba ante todo la salud del alma humana ha evolucionado hacia un humanitarismo cuya principal inquietud es la conservación y la protección del hombre y, sobre todo, garantizar la ausencia de dolor.

A lo largo de su trabajo, Tzitzis nos presenta la evolución del “otro” en la Filosofía del Derecho desde la Grecia antigua a la época moderna. Insistimos, son pocas páginas pero en ellas el autor es capaz de exponer la esencia de cada momento, idea o pensamiento demostrando al lector su capacidad de síntesis y su claridad expositiva y despertando su interés desde la primera letra, al sumergirlo en un universo complejo que simplifica haciéndolo atractivo¹.

El primero de los capítulos se detiene en la interacción entre el hombre y la ciudad, partiendo de las Guerras Médicas contra las ciudades griegas y de cómo Herodoto fue capaz de oponer un espíritu de libertad y elevación frente a la fuerza y dominación propia de los Bárbaros persas. La *polis* griega sería el centro de la vida política y el ciudadano era el hombre libre de la ciudad capaz de participar en el gobierno, a diferencia del esclavo que carecía de derechos políticos. Era en la ciudad donde únicamente se podía desarrollar el humanismo y el existencialismo clásico. La igualdad solo se predicaba de los hombres libres. Así el autor refiere la *isonomía* o igualdad ante la ley; la *isopolita* que implicaría la participación de todos en las instituciones públicas y la *isegoría* o derecho de todos a hablar ante los organismos públicos en condiciones iguales. La no discriminación solo sería concebible en el seno de la ciudad y entre individuos políticamente semejantes, lo cual difiere del sentido actual de la igualdad. De hecho, la propia democracia ateniense permitía la tortura de los esclavos y es que no se puede obviar que las perspectivas son sensiblemente diferentes a las actuales: la moral griega se fundaba en la igualdad política y la moderna, en la igualdad existencial.

Indica Tzitzis que la cualidad fundamental del ciudadano griego era la *politiké areté* que identificaba al hombre con la ciudad. Suponía una virtud que englobaba todas las virtudes cardinales que caracterizaban al buen ciudadano y resumía la filosofía tradicional de la ciudad donde radicaba la base de la moral jurídica. Se asociaba justicia y templanza que garantizaban la prudencia y la moderación en la administración pública lo que, unido al honor, marcará el nacimiento del espíritu cívico.

Partiendo de Eurípides, y de la idea de que lo hermoso siempre resulta costoso para el hombre, el autor reflexiona sobre la dimensión estética de la virtud, desde el punto de vista metafísico y moral de la antigüedad, y la defensa de la mesura en todas las manifestaciones de la vida social. Presta particular atención a Demóstenes

¹ Estas cualidades están presentes en otros trabajos de Stamatios Tzitzis que hemos comentado en ocasiones anteriores. Ver, por ejemplo, *La Philosophie Pénale*, Presses Universitaires de France, Paris, 1996, 127 pp., que recensamos en *Cuadernos informativos de Derecho histórico público, procesal y de la navegación*, 19-20 (1996), pp. 5738-5742 o *La Personne, l'humanisme, le droit*, Les Presses de l'Université Laval, Québec, 2001, 150 pp., del que hicimos una reseña en *Revista de Estudios Histórico-Jurídicos*, Escuela de Derecho, Universidad Católica de Valparaíso, XXIII (2001), pp. 689-690.

y a Pericles y, en concreto, a su Discurso fúnebre donde oponía el espíritu democrático de Atenas al régimen oligárquico de Esparta al margen de otras sustanciales diferencias. El ciudadano virtuoso se definía por su deseo de poner en práctica los ideales de la ciudad y por su preocupación de buscar la felicidad y prosperidad de esta última. En cualquier caso, Demóstenes se situaba en el polo opuesto de la modernidad que establece la idea de una virtud a partir de la universalidad del hombre y, en particular, de su cualidad de persona. Para el mundo contemporáneo, la persona, en su dimensión ontológica, trasciende las fronteras de toda clase de discriminación. Precisa S. Tzitzis que el Derecho humanitario, en cuanto invención del siglo veinte, implica la concentración de la antropología política, de la moral social y del Derecho internacional en base a la idea de la dignidad personal. La igualdad ontológica que se impone en abstracto desde el nacimiento del hombre acaba concretándose en una igualdad existencial que se manifiesta en los Derechos fundamentales y libertades individuales reconocidos en las declaraciones internacionales de valor tanto moral como jurídico. Todo esto desemboca en dos deberes básicos para el hombre, la hospitalidad sin discriminación y su puesta en práctica. En opinión del autor, los griegos debían un respeto al extranjero, pero en un sentido diferente que analiza siguiendo Eurípides, entre otros. Aquel extranjero que no respetaba los vínculos de hospitalidad era severamente castigado.

Seguidamente, Stamatios Tzitzis examina el papel fundamental de los dioses en la época clásica: ellos protegían la ciudad, participaban en la formación de su destino y contribuían a la construcción de la moral jurídica. Tampoco obvia el papel de la fortuna en el destino de los hombres que permitía resistir frente a la fatalidad y los infortunios de la vida.

Concluye Tzitzis este primer capítulo con una serie de reflexiones donde vuelve a comparar ambos humanismos que constituyen el punto de partida de su trabajo a la vez que repasa algunas de las ideas anteriormente expuestas. Así, si el humanismo posmoderno lleva al ciudadano a reivindicar su estatus de persona en la universalidad de sus derechos y a configurar su humanidad en el respeto al otro sin discriminación alguna, el ciudadano griego en la época clásica se podría considerar tributario de la cultura de la distinción.

En la segunda parte del libro, el autor se detiene en analizar lo que viene a denominar el tránsito del “valor del otro”, del que hablaban los filósofos “racistas” de antaño, al “otro como Valor” propio del humanismo posmoderno. El “otro” es nuestra propia sombra y la dialéctica del amor y del odio se realiza inevitablemente con su presencia en el mundo. El referido tránsito solo será posible a partir de la concepción del hombre como Persona ya que el humanismo actual, tanto desde el punto de vista filosófico como jurídico (sobre todo desde el Derecho internacional), es un humanismo personalista. Será la Declaración de los Derechos humanos de 1948 la que consolida con carácter absoluto el valor de la dignidad humana, especialmente, tras los horrores del Holocausto nazi. No obstante, el autor estima que la consideración y el respeto del hombre como Valor no puede ser solo resuelto por textos jurídicos o recomendaciones morales sino que es preciso adoptar medidas que permitan una eficaz aplicación práctica, lo cual no siempre es factible. Y es en este punto cuando Tzitzis vuelve a confrontar dos visiones del mundo que se distancian por su tratamiento a los valores existenciales, los dos humanismos que constituyen el núcleo argumental de su trabajo. El humanismo antiguo es el de la polis y es de carácter aristocrático en el sentido griego del término, un humanismo del mejor ciudadano digno de dar lecciones de ética sobre todo a “los otros”, los no

griegos. Para este humanismo sería fundamental distinguir entre “el otro” griego y “el otro” bárbaro a diferencia del posmoderno que se abriría a cualquier “otro” por los lazos de la amistad. Siguiendo esta línea expositiva, el autor se detiene en el ciudadano griego situado frente al hombre bárbaro, tomando como referencias el *Panegírico* de Isócrates, las obras de Eurípides *El Cíclope* o *Medea* y la *Ética a Nicómaco* de Aristóteles. No obvia una excepción que cree que marca la filosofía de la ciudad. Se trata del pensamiento del sofista Antifón que niega la división del mundo en griegos y bárbaros y proclama más allá de cualquier distinción política la fraternidad natural de los hombres. La evolución sigue su curso. Así, llega un momento en que la atención se desvía de la ciudad al hombre que la habita. En este punto, Tzitzis se centra en el pensamiento de Epicuro para quien el rango social no sería un criterio a la hora de establecer el valor de un miembro de la ciudad. Su filosofía se preocupa del hombre, sea ciudadano o esclavo, griego o bárbaro y la razón deviene en la esencia del valor humano. El prototipo de hombre no es el político sino el sabio que busca el sentido de la vida en la ataraxia y en la contemplación de sí mismo, lo que no implica necesariamente soledad sino que Epicuro incita al hombre sabio a buscar la amistad con el otro con independencia de su procedencia como uno de los principales placeres. Tampoco olvida el autor el estoicismo. Para los estoicos el amigo es “otro como yo mismo” porque la verdadera amistad consiste en poner en común todo lo que es útil en la vida. El problema radica en que aunque este humanismo no hace distinción de clases ni de razas, sí que es totalmente elitista ya que solo los filósofos podrían alcanzar la experiencia de la amistad.

A continuación, Stamatios Tzitzis se ocupa del humanismo cosmopolita romano, desde la idea de que los pensadores romanos perfeccionaron el cosmopolitismo griego. Tiene lugar el paso de la *polis* a la *cosmopolis*. Cicerón, Séneca y Marco Aurelio representan esta concepción. En ellos se basa el autor para exponer sus notas más características, que resume señalando que los estoicos romanos, en la línea de los griegos, buscaban el lugar de los hombres y de las cosas en la naturaleza, y el hombre, utilizando la razón, sería capaz de descifrar los signos que le envía la naturaleza, interpretando su voluntad para determinar su estilo de vida como si se tratase de una moral práctica

Aclara Tzitzis que el humanismo renacentista se inicia a partir del descubrimiento de las obras de los pensadores greco-latinos. En esta época el saber antiguo se considera la piedra angular de la educación que permite la grandeza del hombre y, precisamente, la educación podría mejorar la condición humana en el contexto sociopolítico, nacional e internacional. Las atrocidades de las dos guerras mundiales pondrán de manifiesto que la brutalidad y la barbarie no es patrimonio exclusivo del hombre primitivo y muchos de los avances tecnológicos son una muestra de la voluntad de destrucción del otro visto como enemigo. En este punto, el autor recurre a la obra *Un souvenir de Solferino* donde, el que fuera Premio Nobel de la Paz, Henry Dunant y testigo de la referida batalla manifiesta su dolorosa experiencia.

Según Tzitzis, el humanismo posmoderno, en su expresión jurídica, está marcado por la subjetividad humana. Insiste en que la Declaración de los Derechos humanos de 1948 establece el estatuto existencial del hombre como intocable en base a la dignidad como principio inherente a la naturaleza humana. A su entender, será fundamental la aproximación al otro, a su sufrimiento, a su completa existencia en una intersubjetividad, tal y como la expresa Emmanuel Lévinas en *Humanisme de l'Autre Homme*. No obvia el humanismo del que considera iniciador de la filosofía judía moderna Martin Burber. Para Tzitzis, se trata de un humanismo teológico que

establece que “el yo” y “el otro” tienen el mismo “Valor” consagrado por Dios porque ambos fueron creados a su imagen y semejanza y las diferencias radican en la forma en que se realiza dicho “Valor.”

Concluye el autor tras reiterar ideas previas sobre los dos humanismos que, en la actualidad, cualquier atentado al hombre como “valor” debería ser objeto de denuncias y rechazo, pero aun el compromiso no es total. [Recibida el 4 de enero de 2012].

Patricia Zambrana Moral

Stamatios Tzitzis, Guillaume Bernard y Denise Jolivet (dirs.), *Dictionnaire de la police et de la justice*, Presses Universitaires de France, Paris, 2011, 365 págs.

RESUMEN: Nos encontramos ante un Diccionario codirigido por Stamatios Tzitzis, Guillaume Bernard y Denise Jolivet. Se trata de una obra ambiciosa en la que han participado más de noventa autores, muchos de ellos docentes en el Instituto de Criminología de París. Va destinado, sobre todo, a los estudiantes que preparan oposiciones relacionadas con la policía, con la seguridad interior del Estado o con la justicia y aspira a ser una herramienta de trabajo útil tanto para la adquisición y revisión práctica de conocimientos como para la investigación, básicamente, en el ámbito penal y criminológico. De manera sistemática, cada entrada trata de ofrecer el concepto, los principios básicos de la institución y su reciente evolución. Hay que resaltar su interdisciplinariedad ya que se abordan diversas áreas especializadas de las ciencias humanas como el Derecho, la Historia, la Filosofía, la Sociología, la Medicina y la Psicología. En el ámbito estrictamente jurídico, encontramos aspectos relacionados con el Derecho penal en sentido estricto, así como con otras disciplinas conexas: instituciones judiciales y administrativas, proceso penal, Derecho penitenciario, Derecho administrativo, Derechos fundamentales y libertades públicas, negocios, quiebra, Derecho financiero, o derechos sociales. La multidisciplinariedad se hace aun más evidente al aparecer otras materias como sociología, criminología, victimología, medicina legal o policía científica.

PALABRAS CLAVE: Criminología, Policía, Derecho penal, Derecho penitenciario, Justicia.

El Director de Investigación del CNRS (Centre national de la recherche scientifique), profesor asociado en la Université Laurentienne (Canadá) y también Director del Instituto de Criminología de París (Université de Paris II), Stamatios Tzitzis, junto a Guillaume Bernard, profesor en el ICES et Sciences-Politiques de París, y a Denise Jolivet, secretario general honorario del Instituto de Criminología de París (Université de Paris II), han dirigido este Diccionario de la policía y la justicia. Se trata de una obra ambiciosa en la que han participado más de noventa autores entre abogados, profesores de Universidad, doctores en Derecho y en Ciencias Políticas, jueces, criminólogos, detectives, policías, trabajadores de las instituciones penitenciarias, psicólogos, psiquiatras e incluso algún ingeniero y periodista. Muchos de ellos son docentes en el Instituto de Criminología de París y participan con trabajos científicos en la revista que publica dicho Instituto, *Essais de philosophie pénale et de criminologie*. La bibliografía ha sido normalmente aportada

por los propios autores, aunque, en ocasiones, se ha visto completada por la codirección científica de la obra.

El diccionario va destinado, sobre todo, aunque no de manera exclusiva, a los estudiantes que preparan oposiciones relacionadas con la policía, con la seguridad interior del Estado o con la justicia, pero no pretende sustituir ni las lecciones magistrales ni los manuales especializados. Aspira a ser una herramienta de trabajo útil tanto para la adquisición y revisión práctica de conocimientos como para la investigación, básicamente, en el ámbito penal y criminológico y se presenta como complemento del *Précis de droit pénal et de procédure pénale* (Paris, 3.^a ed., 2010) dirigido por Frédéric Debove.

De manera sistemática, cada entrada trata de ofrecer el concepto, los principios básicos de la institución y su reciente evolución. Hay que resaltar su interdisciplinariedad ya que se abordan diversas áreas especializadas de las ciencias humanas y sociales como el Derecho, la Historia, la Filosofía, la Sociología, la Medicina y la Psicología. Asimismo, se analizan cuestiones tanto teóricas como prácticas (balística, autopsias). En el ámbito estrictamente jurídico, encontramos aspectos relacionados con el Derecho penal en sentido estricto (penas, delitos) así como con otras disciplinas conexas: instituciones judiciales y administrativas, proceso penal, Derecho penitenciario, Derecho administrativo, Derechos fundamentales y libertades públicas, negocios, quiebra, Derecho financiero, o derechos sociales. La multidisciplinariedad se hace aun más evidente al aparecer otras materias como sociología, criminología, victimología, medicina legal o policía científica, por poner algunos ejemplos

Sin duda un proyecto ambicioso que no ha impedido unos excelentes resultados al ofrecer al mundo científico y pedagógico un interesante y valioso instrumento de trabajo que presenta un panorama general de cuestiones relacionadas con la policía y la justicia y que, tal y como señalan los codirectores en su declaración de propósitos, pretende contribuir a la formación y a la reflexión intelectual de aquéllos que el día de mañana se ocuparán de garantizar la seguridad jurídica y pública. [Recibida el 4 de enero de 2012].

Patricia Zambrana Moral